

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

217 (18.9.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Gsch. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Neßberg, Kommunales, Neues b. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: U. Weichmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Mundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Sozialdemokratische oder Zentrumsheuchelei?

Die Angriffe, die unsere Partei gegen das Zentrum und seines Volksverrates gerichtet hat, sind den Münchener Stadtbader Herren um so fataler, als sie endlich der katholischen Arbeiterschaft die Augen zu öffnen scheinen, und alle bei sonstigen Gelegenheiten zur Einseitigkeit der Wähler angewandten Mittel sich als unnütz erweisen. Da greift nun das quasi leitende Organ der Zentrumspartei zum Neufesthalten, zur Lüge nämlich. Im Ersten Blatt der Nr. 207 vom 10. September 1909 titelte die „Germania“ in einem „Sozialdemokratische Heuchelei“ überschriebenen Artikel die zuletzt bei den Gontentottentwahlen von den Reichsverbändlern präsentierte Mär auf, daß die Sozialdemokraten im Reichstage gegen die

Buchergesetze

gestimmt hätten. Das ist eine wohl hundertmal von uns widerlegte Unwahrheit, die kein Geringerer als selbst der Staatssekretär v. Posadowsky bereits im Jahre 1897 preisgegeben mußte, als er im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unvorsichtigerweise den Spuren des berüchtigten Eigenpapstors Hülle gefolgt war. In der Reichstags-Sitzung vom 13. Dezember nach S. 175 des amtlichen Stenographischen Berichtes:

„Nachdem ich eine Anzahl Bitate aus den Hülle'schen Schriften in den Zeitungen gelesen habe, habe ich mir allerdings gesagt, daß einzelne Behauptungen darin sind, die ich für tatsächlich unrichtig halte, wie z. B. die Behauptung, die Sozialdemokratie habe den Bucher begünstigt. Das ist eine Behauptung, die absolut nicht aufrecht zu erhalten ist.“

Daß es sich um eine abgedroffene Lüge handelt, weiß selbstverständlich auch die „Germania“. Trotzdem läßt sich das christlich-katholische Blatt nicht, göttlichem und menschlichem Gebot zuwider falsch Zeugnis zu reden wider seinen Nächsten!

Die Dreistigkeit der „Germania“ geht ferner so weit, der Sozialdemokratie ihre Abstimnungen gegen die

Versicherungsgesetze

vorzutwerfen. Kein Wort davon, daß auch das Zentrum damals gegen diese Gesetze gestimmt hat, jedoch aus wesentlich anderen Gründen als die Sozialdemokratie. Während die Vertreter der, nebensächlich bemerkt, durch das Ausnahmegesetz rechtlos gemachten Sozialdemokratie gegen die Vorlagen stimmten, weil sie nicht das Mindestmaß dessen enthielten, was die Arbeiter zu fordern berechtigt waren, sträubte das Zentrum im Verein mit den Konservativen sich gerade aus dem entgegengesetzten Grunde mit Aufbietung aller Kraft gegen die Reformen. Das Zentrum half den ersten Entwurf einer Unfallversicherung 1881 derart verschlechtern, daß er selbst für die Regierung wertlos wurde, das Zentrum drohte 1883 den Agrariern zuliebe das Krankenversicherungsgesetz scheitern zu lassen, wenn die zwangsmäßige Versicherung der Landarbeiter nicht ausgeschrieben würde, das Zentrum stimmte 1889 gegen die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung, weil sie sich nicht nur nach seinem Willen auf die Großindustrie, sondern auch auf das Handwerk und die Landwirtschaft bezog.

Auch später gab das Zentrum seinem

Satz gegen die Sozialreform

mit aller Deutlichkeit Ausdruck. Als die Regierung im Jahre 1897 den ersten Revisionsentwurf zum Alters- und Invalidengesetz einbrachte, kam diese Partei mit einem Antrag, der die Ablehnung des Regierungsentwurfs und weiter die Abänderung des ganzen Gesetzes dahin verlangte, daß der Versicherungszwang für die Arbeiter der Hand- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der Klein-gewerblichen Betriebe, sowie für das Gefinde aufgehoben werde!

Und das führende Organ desselben Zentrums, das damals die Interessen der Arbeiter dem Großgrundbesitz zuliebe genau so mißachtete wie vor wenigen Wochen bei der Abstimmung über die Steuer-Vorlagen, hat den traurigen Mut, die Sozialdemokratie als arbeiterfeindlich zu denunzieren!

Mittelstandsfeindlich soll die Sozialdemokratie ferner nach dem Artikel des Zentrumsblattes sein; ebenso wird ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie die Landarbeiter aufhebe. Was die letztere Frage anlangt, so bekennen wir gern, daß wir uns im strikten Gegensatz zu jener arbeiterfeindlichen Zentrumspolitik befinden, deren Vertreter, Graf Praschma, am 15. Januar 1908 im Abgeordnetenhaus ausdrücklich den Konservativen die Versicherung gab, daß seine Partei für eine uneingeschränkte Uebertragung des

Koalitionsrechts

der gewerblichen auf die ländlichen Arbeiter nie eingetreten sei.

Und was die Mittelstandspolitik betrifft, so hat die Sozialdemokratie ebenfalls schon oft genug die Behauptung widerlegt, daß sie den Mittelstand, den kleinen Kaufmann und Handwerker „vernichte“. Das besorgt das Großkapital, deren Vertreter auch im Zentrum maßgebenden Einfluß ausüben, in einem Maße, daß der Sozialdemokratie selbst dann, wenn sie den bösen Willen und die Möglichkeit hätte, nicht das Gerینگste zu tun übrig bliebe. Wie arg auch in diesem Falle die Zentrumshöchelei ist, möge folgender Hinweis zeigen:

Unter der Redaktion der sozialpolitischen Revue des Zentrums, des

Professor Hise,

erscheint im Verlag der Zentralkasse des katholischen Volksvereins zu M.-Gladbach die Monatschrift „Soziale Kultur“.

Im Dezemberheft 1907 dieses Zentrumsorgans besprach Georg Neuhaus die vorläufigen Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung in Preußen. Bei dieser Gelegenheit sagte der Verfasser auf S. 854:

„Aber die Zurückdrängung der Klein- und Mittelbetriebe durch die Groß- und Nischenbetriebe hat in vielen Branchen sehr zugenommen. Ob man das nun, wie es zu geschehen pflegt, bedauern soll, ist doch noch die Frage. Nur dann kann man hierauf eine objektive Antwort geben, wenn man vorzugsweise das Wohl der Gesamtheit, nicht das des einzelnen ins Auge faßt. Wird wirklich billiger und mindestens ebensoviel vom Großbetrieb produziert wie vom Kleinbetrieb, so mag dieser schlafen gehen.“

So lautet ein wissenschaftliches Urteil aus den Reihen desselben Zentrums, das der Wählerchaft gegenüber gar nicht genug beteuern kann, wie sehr es sich im besonderen des Mittelstandes annehme.

Diese kurzen Proben ultramontaner Lügenhaftigkeit werden nach unserer Meinung genügen, um die Deffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Zentrumspartei besonders den Arbeiterverrat in einem Maße treibt, als wollte sie provokatorisch das Proletariat aus ihren Reihen jagen, um auch ihrer Anhängererschaft nach zur reinen Kapitalistenpartei zu werden. Vielleicht ist zu diesem Zwecke auch der hier beleuchtete Artikel der „Germania“ geschrieben worden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Leipzig, 16. September.

Vierter Verhandlungstag.

(Nachmittags-Sitzung.)

Vors. Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Von der spanischen Sozialdemokratie sind brüderliche Grüße für den Verlauf des Parteitages eingetroffen.

In der fortgesetzten Debatte über die Maisfeierfrage erhält das Wort

Peus (Dessau): Ich fürchte, daß der Vorstands-Antrag angenommen wird. Das würde zu einer weiteren Verschärfung der Frage führen, in dem Sinne, daß man an verschiedenen Orten die verschiedenen Lösungsversuche macht. Unsere Klassen sind aber stets eher leer als voll. Wir werden daher den Unternehmern nur einmal die Gelegenheit geben dürfen, unsere Klassen gründlich auszuleeren. Die Bezirksfonds werden höchstens in einigen großen Städten gebildet werden, im übrigen aber wird man nach wie vor auf die Arbeitsruhe verzichten. Sehr bedauerlich ist, daß man den Antrag Frankfurt anscheinend aufrecht erhalten will. Konsequenz wäre dann nur, wenn auch alle Nichtfeiernden ihren Tageslohn abführen müßten. Das ist aber gänzlich undurchführbar, selbst in Leipzig könnte man auf diese Weise nur 650 M. zusammen bekommen. Sehr interessant war mir ja, daß gerade Kautsky die Maisfeier in eine Maisfeier umwandeln will. Aber das hieße unendlichen Zank in die Reihen der Parteigenossen tragen. Die Arbeitsruhe am 1. Mai erzwingen zu wollen, war ein Jertum.

Haben wir den Mut, einen Schritt zurückzugehen, der sich nicht als erfolgreich erwiesen hat. (Zeilweiser Beifall.)

Hüttmann (Frankfurt a. M.): Die Maisfeier wird um so größer und wirksamer sein, je mehr Mühe man sich mit ihr gibt. Ein großer Fortschritt in den neuen Abmachungen liegt aber darin, daß nun ein jeder Anspruch auf Unterstützung hat. Bisher haben vielfach die Gewerkschaftsbeamten aus Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl vor der Arbeitsruhe warnen müssen. Jetzt kann jeder Ort eine kräftige Initiative zur Arbeitsruhe ergreifen. Und wenn die Kräfte des Ortes nicht ausreichen, kann er sich auch an die Zentralkassen wenden.

Sindermann (Dresden): Die Unterstützungen geben dem Maisfergedanken eine neue Wendung. Aber da sie unvermeidlich sind, so ist es schon am besten, wir nehmen die Vereinbarungen an. (Bravo!) Damit dienen wir am besten der Ausdehnung der Arbeitsruhe.

Löbe (Breslau): Auch die Gegner der Arbeitsruhe halten den Maisfergedanken für groß und gut und verkennen den idealen Wert der Maisfeier nicht. Nur verneinen sie die Möglichkeit einer Durchführung der Arbeitsruhe. Zweifelnd Sie doch nicht an unserer ersten Begeisterung. Wir alle haben doch mindestens 10 Jahre lang für die Arbeitsruhe gestritten und uns davon mit demselben Schmerz losgerissen, wie mancher von uns von den Gedanken der christlichen Feste. Darum ist auch erst von radikalen Städten wie Dortmund und Götting, in dem damals noch unser heutiger Referent wirkte (Geiterkeit), der Antrag gestellt worden, die Arbeitsruhe aufzugeben. Es ist beschämend, am 1. Mai durch die Straßen der Stadt zu gehen und zu sehen, wie das gewerbliche Leben weiter pulsiert. Geben wir der Maisfeier den Charakter einer Demonstration des ganzen Proletariats. Nur dann kann sie den Arbeitern, den idealen Gedanken der Maisfeier und dem Achtstundentag dienen. (Zeilweiser Beifall.)

Kautsky (Berlin): Im Mittelpunkt der Debatte steht heute die Unterstützungsfrage. Auch ich halte Unterstützungen für eine Notwendigkeit, wenn Arbeitsruhe fortbesteht. Aber nicht nur wegen des Ansehens der Demonstration sondern auch wegen der Sicherheit der einzelnen Feiernden muß die Arbeitsruhe so ausgedehnt wie möglich sein. Wenn wir Arbeitsruhe wollen, dann nur keine Halbheit. Aber trotzdem brauchen wir die Unterstützungsfrage nicht vernachlässigen. Gerade das will meine Anregung. Mein Vorschlag war natürlich nicht so gemeint, wie ihn Peus verstanden hat. Nicht zwangsweise soll den Genossen der Verdienst des 1. Mai abgenommen werden; denn jeder Zwang mühte wie Sprengpulver wirken und unbegrenzte Streitigkeiten hervorrufen. Nur an das Pflichtgefühl der Genossen wollte ich appellieren. In dem Menschenalter, in dem ich in der Sozialdemokratie wirkte, habe ich so viel Beweise des Opfermuts gesehen, daß daneben die Beispiele von Peus doch verblissen. Ich erinnere nur an den derzeitigen schwebischen Generalfreil. Wenn durch die allgemeine Verbreitung der Maisfeier mein Antrag überflüssig werden sollte, so würde sich niemand mehr darüber freuen als ich. Solange das aber nicht der Fall ist, gehört der Proletarier am 1. Mai nicht sich und seiner Familie, sondern dem Sozialismus und der Klasse, für die er so wirksam wie möglich demonstrieren soll. Wenn nicht durch die Arbeitsruhe, so soll er auf eine andere möglichst wirksame Weise demonstrieren. Und diesem Zwecke dient mein Antrag. Die Hauptsache ist aber die Erhaltung der Arbeitsruhe. Die Proletarier der ganzen Welt folgen mit intensiver Aufmerksamkeit gerade unsern Beratungen über die Maisfeier. Wir sind das Vorbild der gesamten internationalen Proletariats geworden. Wenn wir den Eindruck machen, kleinmütig und schwankend zu werden, dem Kampfe auszuweichen, so würde nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern das ganze internationale Proletariat an Kampfesmut einbüßen. Seien Sie sich Ihrer internationalen Pflicht bewußt, wenn Sie über diese Fragen abstimmen. (Stürmischer Beifall.)

Ein Schlußantrag wird, von Wels (Berlin) eingebracht (Geiterkeit), von Leber (Jena) bekämpft, aber mit großer Mehrheit angenommen. — Das Schlußwort erhält

Müller (Berlin, Parteivorstandsmitglied): Der Gedanke einer Abschaffung der Arbeitsruhe oder eine Verlegung der Maisfeier auf den Abend oder den 1. Sonntag im Mai scheidet heute vollständig aus. Ich gehe trotz der Provokationen von Peus nicht darauf ein, sondern sage ihm nur: hätten wir seine Anschauung, so hätten wir auch den Mut, es zu bekennen. Auch die Ausdehnung der Arbeitsruhe steht nicht zur Debatte. Man hat mit diesem Argument schon so oft operiert, daß dabei die Maisfeier nicht gewonnen hat. (Geiterkeit.) Wir reden heute davon, durch Unterstützungen die Arbeitsruhe auszuweiten. Genosse Dittmann hat seine Genugtuung darüber ausgedrückt, daß durch meine Ausführungen klargestellt worden ist, daß die Zentralkassen von der Unterstützungsspflicht nicht befreit sein sollten. Das war aber auch vor meiner Rede schon in Nürnberg klargestellt worden, und wäre nie vergessen worden, wenn nicht die parteipolitische Meinungsabstimmung von Paris die klare Sache verwirrt hätte. (Sehr gut!) Für Kautsky's Vorschlag ist niemand eingetreten; das beweist wohl am besten seine Undurchführbarkeit. Eine Vertagung kann gar nichts nützen; nicht ein Komma würde durch die neuen Verhandlungen geändert werden. Unsere Situation in der Maisfeierfrage war

Jahren erhielt. Und dabei hat das Zentrum fieberhaft gearbeitet, wie nie zuvor. Massenhaft wurden die „Aufklärungs“-Flugblätter der München-Gladbacher Fabrik verbreitet; in fast allen Orten wurden in den letzten 14 Tagen Versammlungen abgehalten. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie war die denkbar geistigste, fast allerorts wurden uns die Versammlungslokale abgetrieben; die Stängel wurde für die Wahlkämpfe des Zentrums mißbraucht. Aber trotzdem brachte das Zentrum ein vernichtendes Urteil über die Schnapsblockpolitik des Zentrums.

In der Stadt Koblenz allein hat das Zentrum nicht weniger als 1750 Stimmen verloren. Gegen die Wahl im Jahre 1907, bei der 4283 Zentrumsstimmen abgegeben wurden, bedeutet das einen Verlust von vierzig Prozent. Der kolossale Rückgang der Zentrumsstimmen beschränkt sich aber nicht auf die Stadt Koblenz; in den ländlichen Orten ist er ebenso groß, vereinzelt sogar noch größer. Besonders ist der Stimmenrückgang des Zentrums in einer Anzahl von Wingerstädten bemerkenswert. Hier haben Hunderte der wirtschaftlich schlecht gestellten Winger durch Stimmenthaltung gegen die volksfeindliche Politik des Zentrums protestiert.

So beweisen die Tatsachen daß die Zentrumspropaganda, wenn sie so tut, als habe die „Aufklärungspropaganda“ der Zentrumsagitatoren und Flugblätter bisher einen großen Erfolg erzielt. Das Gegenteil ist wahr, selbst die Zentrumswähler fallen auf diesen Aufklärungspropaganda nicht mehr herein. Die Ausrede, daß bei den Wahlen die Massen nicht in Bewegung gesetzt werden können, ist total hinfällig, denn so stark hat das politische Leben in den Volksmassen noch nie pulsiert, wie augensichtlich. Das Zentrum selbst hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, seine Wählermassen an die Urne zu bringen, denn es wollte beweisen, daß seine Schnapsblockpolitik bei seinen Wählern gebilligt wird. Statt dessen hat es aber einen Denkzettel bekommen, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Ablehnung der Erbschaftsteuer — eine Kraftprobe des Zentrums.

Der Stuttgarter „Beobachter“ weiß von einer Unterhaltung zwischen dem dem Zentrum angehörenden württembergischen Landtagsabgeordneten Josef Andre aus Oberndorf und einem seiner Gefinnungsgenossen das folgende zu berichten:

„Saß da jüngst der Abgeordnete Josef Andre aus Oberndorf in einem Restaurant einer württembergischen Stadt. Neben ihm saß Herr Andre war eben genug, einem vermeintlichen sicheren Gefinnungsgenossen etwas von seiner Weisheit abzugeben. So beehrte er ihn denn über die Zwecke und Ziele der Zentrumsblockpolitik. Natürlich kam „unser Josef“, wie glaubensstarke Zentrumswähler in Oberndorf sagen sollen, auch auf die Reichsfinanzreform zu sprechen. Und mit allem Pathos, den er von seinem Freunde Rembold her kennt, erklärte er: „Die Erbschaftsteuer mußte ganz einfach fallen. Für uns war die Sache eine Kraftprobe. Mit der Ablehnung der Erbschaftsteuer mußten wir unsere Macht zum Ausdruck bringen.“

Ausland.

Zum Generalfreikampf in Schweden. Nachdem die Regierung nunmehr ihren ungesegneten Widerstand gegen eine Vermittlung aufgegeben hat, und eine Kommission, bestehend aus den fünf offiziellen Vergleichsbeamten, eingesetzt hat, haben sowohl die Arbeiter, als auch die Unternehmer, ihr Bereitwilligkeit zu einer Verhandlung erklärt. Die Verhandlung wird am morgigen Freitag im Reichstagsgebäude zu Stockholm beginnen.

Die Unternehmer-Organisation hat heute die Erklärung veröffentlicht, daß sie bedingungslos zur Aufnahme von Verhandlungen bereit ist, daß sie aber für diese Verhandlungen an das Prinzip der Lohnregulierung, nach Maßgabe der Konjunktur festhalten muß. Das ist im

„Ein unglücksvoller Zufall machte Sie aus einem Fremdling schnell mir zum Vertrauten“

gänglich überhören konnte, obgleich dieser Ton Herrn Wimmer alles Blut zum Herzen trieb und Fredegunde ob desselben ihrem Doktor Breitfuß einen sehr bezeichnenden Blick zuwarf. Er achtete nicht des beifälligen Gemurmels, das ihm seine Erzählung von dem Tod des Heiterobersten einbrachte; auch die folgenden Auftritte gingen spurlos an ihm vorüber, bis denn endlich das verhängnisvolle Netz sich ganz über dem Haupte des Friedländers zusammenzieht und der finstere Buttker in der Heimlichkeit seines Zimmers die Mörderrollen verteilt. Schon ist Major Geroldin mit seinem blutigen Auftrage dahongeeilt und — jetzt ist der Augenblick gekommen, wo auf der Bühne der Vorhang sich auseinander tut und die gewinnenden Hauptleute Deberow und Macdonald in Koller und Kanonen, die langen Schwerter an der Seite, vor ihrem Regimentschef erscheinen.

Was wird sie tun? dachte Oswald, der sah, daß das Gesicht der Pulverin bald blaß und bald rot wurde, sie wird nicht lesen.

Aber Primula überwand den edlen Unwillen, der ihr Herz schwellen machte, räusperte sich und sagte mit der sanften Stimme einer Heiligen, die sich in die Hände der Götter knechtet gibt:

„Da sind wir, General.“

Die Direktorin, welcher, da es doch zwei waren, der Agent auf ihr liegen zu müssen schien, verbesserte, kraft des ihr nach § 73 der Statuten zustehenden Rechtes:

„Da sind wir, General.“

Das war zu viel. Die zu straff gespannte Bogenlehne riß; die beleidigte Dichterin erhob sich, klappete ihr Buch zu und sagte mit bleichen Lippen:

Es tut mir leid, wenn ich die Gesellschaft durch meine Erklärung, nicht weiter lesen zu können, stören sollte. Aber, da ich eine Rolle, zu der ich mich — mit Gewalt — zwingen muß, nicht einmal lesen — kann — ohne — Sie konnte nicht weiter sprechen und brach, in ihren Stuhl zurücksinkend, in ein konvulsisches Weinen aus. (Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Die Expropriation des „Segauer Erzählers“

durch das Zentrum hat in der nationalliberalen Partei wie eine Bombe eingeschlagen. Im nationalliberalen Lager ist man ganz entsetzt über diesen Vorgang. Und doch ist er eine nur zu erklärliche Folge der unbegreiflichen Haltung, welche die Führer dieser Partei gegenüber der Presse einnehmen. Eine solche Ueberumpelung wäre bei keiner anderen Partei möglich. Was haben die Vertreter der Presse in der nationalliberalen Partei zu sagen? Einfach nichts. Sie entledigen sich rein handwerksmäßig eines hohen Honorar ihrer Aufgabe als Redakteure. Unter hundert nationalliberalen Redakteuren befindet kaum einer ein Ehrenamt in der Partei, daß sie als Agitatoren für die Partei arbeiten, fällt den Herren gar nicht ein, man will das an maßgebender Stelle auch gar nicht haben. Redakteure nationalliberaler Blätter sind froh, wenn keine Versammlungen stattfinden, dann brauchen sie auch keine Berichte zu schreiben. Wie oft kommt es vor, daß Redakteure nationalliberaler Blätter über Nacht ihre politische Gefinnung wechseln und Redakteure eines Organs einer anderen politischen Partei werden. Ja, nationalliberale Zeitungen machen ganz dieselbe Wandlung durch.

Wie gering die Arbeitskraft der Redakteure nationalliberaler Blätter eingeschätzt wird, beweist u. a. auch die Tatsache, daß der Redakteur des „Segauer Erzähler“, Herr Geroldin, der seit 22 Jahren das Blatt redigierte, keine Ahnung von dem Verkauf des Blattes an das Zentrum hatte. Er wird jetzt nach 22jähriger treu geleisteter Dienstzeit einfach aufs Pflaster gesetzt. Und die nationalliberale Parteileitung, was tut sie? Man wird vergeblich nach irgendwelcher Kundgebung in der nationalliberalen Presse suchen. Nur einzelne Organe äußern sich zu dem peinlichen Vorfall. So schreiben die „Singer Nachrichten“:

Die Zentrumsparthei mußte, daß der „Segauer“ das größte Hindernis war gegen die Eroberung des 6. Wahlbezirks und daß dieser ihr jetzt sozusagen ohne Schwertstreich zufallen wird. Dafür war ihr kein Opfer zu groß und sie hat das heißersehnte Ziel auf Schleidwegen auch glücklich erreicht. Es fragt sich allerdings, ob die Liberalen den Mut und die Kraft gehabt hätten, den „Segauer“ selbst zu erwerben. Für die Aufgabe der Presse hat man in liberalen Kreisen im allgemeinen wenig Verständnis und besonders die wohlhabenden Parteifreunde, die die Ehrenämter inne haben und die Parteipresse mit Vorliebe ad majorem sui gloriam in Anspruch nehmen, pflegen die Hand auf den Ventel zu drücken, wenn sie ein Opfer bringen sollen. Die „Bad. Landeszeitung“ weiß selbst aus eigener Erfahrung, daß nur wenige und fast immer die gleichen Männer sich zur materiellen und ideellen Unterstützung der Parteipresse bereithalten; die meisten, mitunter gerade die wohlhabendsten, stehen abseits und schimpfen, wenn nicht alles nach ihrem Wunsch geht.

Und das ist die Partei von „Bildung und Besitz“.

Nach Zentrumsrezepten

arbeitet jetzt die „Bad. Landeszeitung“, die es offenbar darauf abgesehen hat, mit der Sozialdemokratie unter allen Umständen anzubündeln. Sei's drum! Das nationalliberale Organ behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die eine Hälfte des Volkes, die „Besitzenden“ 2250 Millionen an direkten und indirekten Steuern bezahle, während die andere Hälfte, die Arbeiter nur 688 Millionen an Steuern entrichte. Die „Bad. Landesztg.“ versteht sich noch sehr schlecht auf die Verarbeitung jesuitischer Rezepte, sonst hätte sie die Sache nicht so j. dumm angefaßt. Der „Badische Beobachter“ hätte das entschieden geschickter gemacht. Sehen wir uns die Rechnung der „Bad. Landeszeitung“ einmal etwas näher an. Sie schreibt:

Direkte Steuern	25,04 Ml.
Zölle und Verbrauchsabgaben	18,73 „
Aufwandssteuern	0,27 „
Verkehrssteuern	4,21 „
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0,72 „
	48,97 Ml.

Man kann nun hier zwei Gruppen bilden, das ist erstens die Gruppe der direkten Steuern, der Aufwandssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern, die zusammen eine Kopfbelastung von 28,03 Ml. ausmachen und im ganzen von der nicht zur Arbeiterschaft gehörigen Hälfte des deutschen Volks getragen werden, dort also eine Kopfbelastung von 52,06

Mark hervorrufen. Die andere Gruppe umfaßt die übrigen Steuerarten, Zölle, Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern mit zusammen 22,94 Ml. Kopfbelastung. Diese Last wird aber von dem ganzen Volk getragen, denn das ist ja der Haupteinwand gegen die Verbrauchs- und Verkehrsbesteuerung, daß sie kopfstuerartig wirkt. Von den Verkehrssteuern wird übrigens auch nur ein geringer Teil von den Arbeitern getragen. Fast 260 Millionen von ihrem Gesamtbeitrag fallen auf Grundstücksbesitz- und sonstige Stempelsteuern. Sie mögen aber als voll in die Waagschale der Arbeiter fallen, als Ausgleich für den sehr geringen Anteil, den die Gebobeneren unter ihnen an den direkten Steuern haben.

Und nun kann man zur ungefähren ziffermäßigen Berechnung der Gesamtbelastung einerseits der Arbeiterbevölkerung, andererseits der übrigen Volkskreise schreiben. Die dreißig Millionen der Arbeiterbevölkerung steuern mit einer Kopfbelastung von 22,94 Ml. insgesamt 688 Millionen für die öffentlichen Lasten aller Art bei. Die anderen 30 Millionen des Volkes bringen aus Zöllen, Verbrauchs- und Verkehrssteuern ebenso viel auf, dazu aber noch eine Kopfbelastung an direkten Steuern und dergleichen mit 52,06 Ml., das sind weitere 1562 Millionen, zusammen also 2250 Millionen.

Also, so resümiert dann das Organ derer von „Bildung und Besitz“, die eine Hälfte des Volkes, die Arbeiterschaft trägt mit 688 Millionen knapp ein Viertel, die andere Hälfte drei Viertel der Steuerlast. Und triumphierend fügt sie hinzu, an dieser Feststellung „gibt es nichts zu rütteln“. Mit Verlaub edles „Organ für Volksaufklärung“ Euer ganzes Exempel ist ein plumpes jesuitisches Taschengeldspielerei.

Seit wann gehört denn die Hälfte des deutschen Volkes zu den Besitzenden? Wer hat denn je behauptet, daß nur die Arbeiter die Leidtragenden bei den indirekten Steuern sind? Wir haben stets von den Volksmassen, von den breiten Schichten der Bevölkerung in diesem Zusammenhang gesprochen. Mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen gehört sozial und ökonomisch betrachtet zum Proletariat, zu den Nichtbesitzenden. Und von den übrigen 30 Prozent gehört auch noch der größere Teil nicht zu den Besitzenden. Das ganze Rechnungsexempel der „Badischen Landeszeitung“ fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen, wenn man ihr die Grundlage — die eine Hälfte der Besitzenden — entzieht. Wer malträtiert denn den gewerblichen Mittelstand durch die Gesetze? Wer hat die Zollpolitik gemacht, wer die Hunderte von Millionen indirekter Steuern, durch welche der gewerbliche Mittelstand so hart getroffen wird? Wer hat im Landtag mitbeschließen helfen, daß das Betriebskapital des gewerblichen Mittelstandes von 1000 Mark ab versteuert werden muß, während der landwirtschaftliche bis zu 25 000 Ml. steuerfrei bleibt? Waren das die Sozialdemokraten, oder nicht vielmehr die prinzipienlosen Nationalliberalen?

Köstlich ist folgender Satz der „Bad. Landesztg.“: Sozialdemokratische Wahlerfolge nämlich würden nur die Reaktion stärken.

So, so! Darum haben wohl die Nationalliberalen im Jahre 1905 bei der Landtagswahl 5 Sozialdemokraten wählen helfen. O, Landesbase, bemüht Euch doch nicht so frampfhast mit uns anzubündeln. Diese Taktik ist sinnlos und führt eure Partei ins Verderben. Der Mittelstand fällt auf eure Rattenfänger melodien nicht mehr herein, von den Arbeitern schon gar nicht zu reden. Was die Linksliberalen über eure Taktik denken, sagen sie euch vielleicht gelegentlich unter vier Augen. Bergeht das Sprichwort nicht: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“

Der Zentrumskandidat für Durlach.

Wie wir hören, ist Donnerstag Abend in einer Vertrauensmännerversammlung des Zentrums einstimmig Herr Rechtsanwalt Trunk (Karlsruhe) als Kandidat für Durlach-Stadt aufgestellt worden. Nunmehr stehen sich vier Kandidaten gegenüber. Die Kandidatur Trunk kann allerdings nur als Pöbelkandidatur in Betracht kommen.

Die nachteiligen Wirkungen der Tabaksteuer

machen sich immer mehr fühlbar. In einer Anzahl Fabriken in Hohenheim wurden Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen vorgenommen. Im ganzen sind bis jetzt 218 Personen arbeitslos, die Unterhaltungsansprüche geltend machen. Davon entfallen auf die Firma Halle u. Benfinger 43, Liebhold 100, Neu 20, Genossenschaftsfabrik 55 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei der Firma Stunkel wird nur einen halben Tag gearbeitet, in der Fabrik wurde die Arbeitszeit um 1 Stunde und bei Hohenheimer um 1 1/2 Stunde verkürzt.

Herr Steuermissionar Wahl, der seinerzeit die Hohenheimer in „helle Begeisterung für das Zentrum“ entflammte — so stand es wenigstens im „Beobachter“ — würde gut tun, jetzt nach der Einführung der Steuer dort wiederum eine Versammlung zu veranstalten. Wir möchten bezweifeln, ob jetzt diese „helle Begeisterung für das Zentrum“ in Hohenheim noch vorhanden ist.

Versammlungen.

Steinbach (Amt Bühl).

Wie „wahrheitsliebend“ die Zentrumspropaganda über gegenwärtige Versammlungen berichtet, sei beispielsweise an einem Bericht über die vor kurzem hier stattgefundene Volksversammlung, in welcher unser Landtagskandidat, Genosse Marxhoff, referierte, gezeigt. Im „Aber-Bühlerbote“ erschien ein Bericht, in welchem behauptet wurde, daß Herr Stadtpfarrer Dietmeier in einer 15minütigen Rede die Ausführungen des Redners widerlegte. Die Versammlung sei dann nach der Entgegung Marxhoffs in einer Weise geschlossen worden, daß es bereits niemand gehört habe; offenbar hätte man die Entgegnung des Herrn Stadtpfarrers gewünscht. Weiter heißt es, daß die jungen, noch nicht wahlberechtigten Sozialdemokraten für den nötigen Radau gesorgt hätten. Von dem Radau des alten Zentrumsmannes mit dem grauen Bart, sowie den vielen Zwischenrufen des Bürgermeisters, welcher an der Seite des Herrn Dietmeier saß, hat offenbar der Herr Pfarrer nichts gehört. Die Versammlung wurde auch nicht geschlossen, daß es kaum hörbar war, im Gegenteil, der Vorsitzende rief laut genug: „Wünscht noch jemand das Wort?“ Da

Grund genommen eine Frontänderung der Unternehmerrückfrage; denn vor dem Kampfe war keine Rede davon, daß der Lohn nach Maßgabe der Konjunktur geregelt werden sollte. Die Unternehmer wollten vielmehr den Lohn für einen Zeitraum von fünf Jahren jetzt während der schlechten Konjunkturperiode festsetzen, jedoch die Arbeiter für die kommende gute Konjunktur an die Löhne gebunden sein würden, die während der schlechten Konjunktur festgesetzt wurden.

Eine Aussicht auf eine unmittelbare Wiederaufnahme der Arbeit ist indes nicht vorhanden.

Selbstherrlicher Nikolaus. Aus Petersburg wird gemeldet: Am 15. September wurde hier eine vom Zaren gutgeheißene Verfügung des Ministeriums über Artikel 96 der Grundgesetze veröffentlicht. Ihr zufolge unterliege dem Zaren als dem obersten Kriegsherrn alle gesetzgeberischen Fragen hinsichtlich der Organisation der Landes- und Kriegsrechte, die der Landesverteidigung, ferner die Fragen über die Armee, die Flottenverwaltung inbezug, sämtliche Verfügungen des Staats, des Marine- und Militär-Resorts, falls sich keine neuen Geldanweisungen benötigen. Falls neue Kredite nötig werden, sind für diese Kaufschulden auf dem gewöhnlichen gesetzgeberischen Wege zu erbitten, wobei genaue Angaben über die Verwendung erst im Budget einzureichen wären. Auf gewöhnlichem gesetzgeberischen Wege werden die Gebiete speziell der Militär-Gesetzgebung ausschließlich solcher Fragen erledigt, die eine Veränderung oder Abschaffung der geltenden Gesetze erfordern oder in den Bereich der legislativen Fragen anderer Ressorts gehören.

Badische Politik.

Die Expropriation des „Segauer Erzählers“

durch das Zentrum hat in der nationalliberalen Partei wie eine Bombe eingeschlagen. Im nationalliberalen Lager ist man ganz entsetzt über diesen Vorgang. Und doch ist er eine nur zu erklärliche Folge der unbegreiflichen Haltung, welche die Führer dieser Partei gegenüber der Presse einnehmen. Eine solche Ueberumpelung wäre bei keiner anderen Partei möglich. Was haben die Vertreter der Presse in der nationalliberalen Partei zu sagen? Einfach nichts. Sie entledigen sich rein handwerksmäßig eines hohen Honorar ihrer Aufgabe als Redakteure. Unter hundert nationalliberalen Redakteuren befindet kaum einer ein Ehrenamt in der Partei, daß sie als Agitatoren für die Partei arbeiten, fällt den Herren gar nicht ein, man will das an maßgebender Stelle auch gar nicht haben. Redakteure nationalliberaler Blätter sind froh, wenn keine Versammlungen stattfinden, dann brauchen sie auch keine Berichte zu schreiben. Wie oft kommt es vor, daß Redakteure nationalliberaler Blätter über Nacht ihre politische Gefinnung wechseln und Redakteure eines Organs einer anderen politischen Partei werden. Ja, nationalliberale Zeitungen machen ganz dieselbe Wandlung durch.

Wie gering die Arbeitskraft der Redakteure nationalliberaler Blätter eingeschätzt wird, beweist u. a. auch die Tatsache, daß der Redakteur des „Segauer Erzähler“, Herr Geroldin, der seit 22 Jahren das Blatt redigierte, keine Ahnung von dem Verkauf des Blattes an das Zentrum hatte. Er wird jetzt nach 22jähriger treu geleisteter Dienstzeit einfach aufs Pflaster gesetzt. Und die nationalliberale Parteileitung, was tut sie? Man wird vergeblich nach irgendwelcher Kundgebung in der nationalliberalen Presse suchen. Nur einzelne Organe äußern sich zu dem peinlichen Vorfall. So schreiben die „Singer Nachrichten“:

Die Zentrumsparthei mußte, daß der „Segauer“ das größte Hindernis war gegen die Eroberung des 6. Wahlbezirks und daß dieser ihr jetzt sozusagen ohne Schwertstreich zufallen wird. Dafür war ihr kein Opfer zu groß und sie hat das heißersehnte Ziel auf Schleidwegen auch glücklich erreicht. Es fragt sich allerdings, ob die Liberalen den Mut und die Kraft gehabt hätten, den „Segauer“ selbst zu erwerben. Für die Aufgabe der Presse hat man in liberalen Kreisen im allgemeinen wenig Verständnis und besonders die wohlhabenden Parteifreunde, die die Ehrenämter inne haben und die Parteipresse mit Vorliebe ad majorem sui gloriam in Anspruch nehmen, pflegen die Hand auf den Ventel zu drücken, wenn sie ein Opfer bringen sollen. Die „Bad. Landeszeitung“ weiß selbst aus eigener Erfahrung, daß nur wenige und fast immer die gleichen Männer sich zur materiellen und ideellen Unterstützung der Parteipresse bereithalten; die meisten, mitunter gerade die wohlhabendsten, stehen abseits und schimpfen, wenn nicht alles nach ihrem Wunsch geht.

Und das ist die Partei von „Bildung und Besitz“.

Nach Zentrumsrezepten

arbeitet jetzt die „Bad. Landeszeitung“, die es offenbar darauf abgesehen hat, mit der Sozialdemokratie unter allen Umständen anzubündeln. Sei's drum! Das nationalliberale Organ behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die eine Hälfte des Volkes, die „Besitzenden“ 2250 Millionen an direkten und indirekten Steuern bezahle, während die andere Hälfte, die Arbeiter nur 688 Millionen an Steuern entrichte. Die „Bad. Landesztg.“ versteht sich noch sehr schlecht auf die Verarbeitung jesuitischer Rezepte, sonst hätte sie die Sache nicht so j. dumm angefaßt. Der „Badische Beobachter“ hätte das entschieden geschickter gemacht. Sehen wir uns die Rechnung der „Bad. Landeszeitung“ einmal etwas näher an. Sie schreibt:

Direkte Steuern	25,04 Ml.
Zölle und Verbrauchsabgaben	18,73 „
Aufwandssteuern	0,27 „
Verkehrssteuern	4,21 „
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0,72 „
	48,97 Ml.

Man kann nun hier zwei Gruppen bilden, das ist erstens die Gruppe der direkten Steuern, der Aufwandssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern, die zusammen eine Kopfbelastung von 28,03 Ml. ausmachen und im ganzen von der nicht zur Arbeiterschaft gehörigen Hälfte des deutschen Volks getragen werden, dort also eine Kopfbelastung von 52,06

Mark hervorrufen. Die andere Gruppe umfaßt die übrigen Steuerarten, Zölle, Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern mit zusammen 22,94 Ml. Kopfbelastung. Diese Last wird aber von dem ganzen Volk getragen, denn das ist ja der Haupteinwand gegen die Verbrauchs- und Verkehrsbesteuerung, daß sie kopfstuerartig wirkt. Von den Verkehrssteuern wird übrigens auch nur ein geringer Teil von den Arbeitern getragen. Fast 260 Millionen von ihrem Gesamtbeitrag fallen auf Grundstücksbesitz- und sonstige Stempelsteuern. Sie mögen aber als voll in die Waagschale der Arbeiter fallen, als Ausgleich für den sehr geringen Anteil, den die Gebobeneren unter ihnen an den direkten Steuern haben.

Und nun kann man zur ungefähren ziffermäßigen Berechnung der Gesamtbelastung einerseits der Arbeiterbevölkerung, andererseits der übrigen Volkskreise schreiben. Die dreißig Millionen der Arbeiterbevölkerung steuern mit einer Kopfbelastung von 22,94 Ml. insgesamt 688 Millionen für die öffentlichen Lasten aller Art bei. Die anderen 30 Millionen des Volkes bringen aus Zöllen, Verbrauchs- und Verkehrssteuern ebenso viel auf, dazu aber noch eine Kopfbelastung an direkten Steuern und dergleichen mit 52,06 Ml., das sind weitere 1562 Millionen, zusammen also 2250 Millionen.

Also, so resümiert dann das Organ derer von „Bildung und Besitz“, die eine Hälfte des Volkes, die Arbeiterschaft trägt mit 688 Millionen knapp ein Viertel, die andere Hälfte drei Viertel der Steuerlast. Und triumphierend fügt sie hinzu, an dieser Feststellung „gibt es nichts zu rütteln“. Mit Verlaub edles „Organ für Volksaufklärung“ Euer ganzes Exempel ist ein plumpes jesuitisches Taschengeldspielerei.

Seit wann gehört denn die Hälfte des deutschen Volkes zu den Besitzenden? Wer hat denn je behauptet, daß nur die Arbeiter die Leidtragenden bei den indirekten Steuern sind? Wir haben stets von den Volksmassen, von den breiten Schichten der Bevölkerung in diesem Zusammenhang gesprochen. Mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen gehört sozial und ökonomisch betrachtet zum Proletariat, zu den Nichtbesitzenden. Und von den übrigen 30 Prozent gehört auch noch der größere Teil nicht zu den Besitzenden. Das ganze Rechnungsexempel der „Badischen Landeszeitung“ fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen, wenn man ihr die Grundlage — die eine Hälfte der Besitzenden — entzieht. Wer malträtiert denn den gewerblichen Mittelstand durch die Gesetze? Wer hat die Zollpolitik gemacht, wer die Hunderte von Millionen indirekter Steuern, durch welche der gewerbliche Mittelstand so hart getroffen wird? Wer hat im Landtag mitbeschließen helfen, daß das Betriebskapital des gewerblichen Mittelstandes von 1000 Mark ab versteuert werden muß, während der landwirtschaftliche bis zu 25 000 Ml. steuerfrei bleibt? Waren das die Sozialdemokraten, oder nicht vielmehr die prinzipienlosen Nationalliberalen?

Köstlich ist folgender Satz der „Bad. Landesztg.“: Sozialdemokratische Wahlerfolge nämlich würden nur die Reaktion stärken.

So, so! Darum haben wohl die Nationalliberalen im Jahre 1905 bei der Landtagswahl 5 Sozialdemokraten wählen helfen. O, Landesbase, bemüht Euch doch nicht so frampfhast mit uns anzubündeln. Diese Taktik ist sinnlos und führt eure Partei ins Verderben. Der Mittelstand fällt auf eure Rattenfänger melodien nicht mehr herein, von den Arbeitern schon gar nicht zu reden. Was die Linksliberalen über eure Taktik denken, sagen sie euch vielleicht gelegentlich unter vier Augen. Bergeht das Sprichwort nicht: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“

Der Zentrumskandidat für Durlach.

Wie wir hören, ist Donnerstag Abend in einer Vertrauensmännerversammlung des Zentrums einstimmig Herr Rechtsanwalt Trunk (Karlsruhe) als Kandidat für Durlach-Stadt aufgestellt worden. Nunmehr stehen sich vier Kandidaten gegenüber. Die Kandidatur Trunk kann allerdings nur als Pöbelkandidatur in Betracht kommen.

Die nachteiligen Wirkungen der Tabaksteuer

machen sich immer mehr fühlbar. In einer Anzahl Fabriken in Hohenheim wurden Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen vorgenommen. Im ganzen sind bis jetzt 218 Personen arbeitslos, die Unterhaltungsansprüche geltend machen. Davon entfallen auf die Firma Halle u. Benfinger 43, Liebhold 100, Neu 20, Genossenschaftsfabrik 55 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei der Firma Stunkel wird nur einen halben Tag gearbeitet, in der Fabrik wurde die Arbeitszeit um 1 Stunde und bei Hohenheimer um 1 1/2 Stunde verkürzt.

Herr Steuermissionar Wahl, der seinerzeit die Hohenheimer in „helle Begeisterung für das Zentrum“ entflammte — so stand es wenigstens im „Beobachter“ — würde gut tun, jetzt nach der Einführung der Steuer dort wiederum eine Versammlung zu veranstalten. Wir möchten bezweifeln, ob jetzt diese „helle Begeisterung für das Zentrum“ in Hohenheim noch vorhanden ist.

Versammlungen.

Steinbach (Amt Bühl).

Wie „wahrheitsliebend“ die Zentrumspropaganda über gegenwärtige Versammlungen berichtet, sei beispielsweise an einem Bericht über die vor kurzem hier stattgefundene Volksversammlung, in welcher unser Landtagskandidat, Genosse Marxhoff, referierte, gezeigt. Im „Aber-Bühlerbote“ erschien ein Bericht, in welchem behauptet wurde, daß Herr Stadtpfarrer Dietmeier in einer 15minütigen Rede die Ausführungen des Redners widerlegte. Die Versammlung sei dann nach der Entgegung Marxhoffs in einer Weise geschlossen worden, daß es bereits niemand gehört habe; offenbar hätte man die Entgegnung des Herrn Stadtpfarrers gewünscht. Weiter heißt es, daß die jungen, noch nicht wahlberechtigten Sozialdemokraten für den nötigen Radau gesorgt hätten. Von dem Radau des alten Zentrumsmannes mit dem grauen Bart, sowie den vielen Zwischenrufen des Bürgermeisters, welcher an der Seite des Herrn Dietmeier saß, hat offenbar der Herr Pfarrer nichts gehört. Die Versammlung wurde auch nicht geschlossen, daß es kaum hörbar war, im Gegenteil, der Vorsitzende rief laut genug: „Wünscht noch jemand das Wort?“ Da

Grund genommen eine Frontänderung der Unternehmerrückfrage; denn vor dem Kampfe war keine Rede davon, daß der Lohn nach Maßgabe der Konjunktur geregelt werden sollte. Die Unternehmer wollten vielmehr den Lohn für einen Zeitraum von fünf Jahren jetzt während der schlechten Konjunkturperiode festsetzen, jedoch die Arbeiter für die kommende gute Konjunktur an die Löhne gebunden sein würden, die während der schlechten Konjunktur festgesetzt wurden.

Eine Aussicht auf eine unmittelbare Wiederaufnahme der Arbeit ist indes nicht vorhanden.

Selbstherrlicher Nikolaus. Aus Petersburg wird gemeldet: Am 15. September wurde hier eine vom Zaren gutgeheißene Verfügung des Ministeriums über Artikel 96 der Grundgesetze veröffentlicht. Ihr zufolge unterliege dem Zaren als dem obersten Kriegsherrn alle gesetzgeberischen Fragen hinsichtlich der Organisation der Landes- und Kriegsrechte, die der Landesverteidigung, ferner die Fragen über die Armee, die Flottenverwaltung inbezug, sämtliche Verfügungen des Staats, des Marine- und Militär-Resorts, falls sich keine neuen Geldanweisungen benötigen. Falls neue Kredite nötig werden, sind für diese Kaufschulden auf dem gewöhnlichen gesetzgeberischen Wege zu erbitten, wobei genaue Angaben über die Verwendung erst im Budget einzureichen wären. Auf gewöhnlichem gesetzgeberischen Wege werden die Gebiete speziell der Militär-Gesetzgebung ausschließlich solcher Fragen erledigt, die eine Veränderung oder Abschaffung der geltenden Gesetze erfordern oder in den Bereich der legislativen Fragen anderer Ressorts gehören.

Badische Politik.

Die Expropriation des „Segauer Erzählers“

durch das Zentrum hat in der nationalliberalen Partei wie eine Bombe eingeschlagen. Im nationalliberalen Lager ist man ganz entsetzt über diesen Vorgang. Und doch ist er eine nur zu erklärliche Folge der unbegreiflichen Haltung, welche die Führer dieser Partei gegenüber der Presse einnehmen. Eine solche Ueberumpelung wäre bei keiner anderen Partei möglich. Was haben die Vertreter der Presse in der nationalliberalen Partei zu sagen? Einfach nichts. Sie entledigen sich rein handwerksmäßig eines hohen Honorar ihrer Aufgabe als Redakteure. Unter hundert nationalliberalen Redakteuren befindet kaum einer ein Ehrenamt in der Partei, daß sie als Agitatoren für die Partei arbeiten, fällt den Herren gar nicht ein, man will das an maßgebender Stelle auch gar nicht haben. Redakteure nationalliberaler Blätter sind froh, wenn keine Versammlungen stattfinden, dann brauchen sie auch keine Berichte zu schreiben. Wie oft kommt es vor, daß Redakteure nationalliberaler Blätter über Nacht ihre politische Gefinnung wechseln und Redakteure eines Organs einer anderen politischen Partei werden. Ja, nationalliberale Zeitungen machen ganz dieselbe Wandlung durch.

Wie gering die Arbeitskraft der Redakteure nationalliberaler Blätter eingeschätzt wird, beweist u. a. auch die Tatsache, daß der Redakteur des „Segauer Erzähler“, Herr Geroldin, der seit 22 Jahren das Blatt redigierte, keine Ahnung von dem Verkauf des Blattes an das Zentrum hatte. Er wird jetzt nach 22jähriger treu geleisteter Dienstzeit einfach aufs Pflaster gesetzt. Und die nationalliberale Parteileitung, was tut sie? Man wird vergeblich nach irgendwelcher Kundgebung in der nationalliberalen Presse suchen. Nur einzelne Organe äußern sich zu dem peinlichen Vorfall. So schreiben die „Singer Nachrichten“:

Die Zentrumsparthei mußte, daß der „Segauer“ das größte Hindernis war gegen die Eroberung des 6. Wahlbezirks und daß dieser ihr jetzt sozusagen ohne Schwertstreich zufallen wird. Dafür war ihr kein Opfer zu groß und sie hat das heißersehnte Ziel auf Schleidwegen auch glücklich erreicht. Es fragt sich allerdings, ob die Liberalen den Mut und die Kraft gehabt hätten, den „Segauer“ selbst zu erwerben. Für die Aufgabe der Presse hat man in liberalen Kreisen im allgemeinen wenig Verständnis und besonders die wohlhabenden Parteifreunde, die die Ehrenämter inne haben und die Parteipresse mit Vorliebe ad majorem sui gloriam in Anspruch nehmen, pflegen die Hand auf den Ventel zu drücken, wenn sie ein Opfer bringen sollen. Die „Bad. Landeszeitung“ weiß selbst aus eigener Erfahrung, daß nur wenige und fast immer die gleichen Männer sich zur materiellen und ideellen Unterstützung der Parteipresse bereithalten; die meisten, mitunter gerade die wohlhabendsten, stehen abseits und schimpfen, wenn nicht alles nach ihrem Wunsch geht.

Und das ist die Partei von „Bildung und Besitz“.

Nach Zentrumsrezepten

arbeitet jetzt die „Bad. Landeszeitung“, die es offenbar darauf abgesehen hat, mit der Sozialdemokratie unter allen Umständen anzubündeln. Sei's drum! Das nationalliberale Organ behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die eine Hälfte des Volkes, die „Besitzenden“ 2250 Millionen an direkten und indirekten Steuern bezahle, während die andere Hälfte, die Arbeiter nur 688 Millionen an Steuern entrichte. Die „Bad. Landesztg.“ versteht sich noch sehr schlecht auf die Verarbeitung jesuitischer Rezepte, sonst hätte sie die Sache nicht so j. dumm angefaßt. Der „Badische Beobachter“ hätte das entschieden geschickter gemacht. Sehen wir uns die Rechnung der „Bad. Landeszeitung“ einmal etwas näher an. Sie schreibt:

Direkte Steuern	25,04 Ml.
Zölle und Verbrauchsabgaben	18,73 „
Aufwandssteuern	0,27 „
Verkehrssteuern	4,21 „
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0,72 „
	48,97 Ml.

Man kann nun hier zwei Gruppen bilden, das ist erstens die Gruppe der direkten Steuern, der Aufwandssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern, die zusammen eine Kopfbelastung von 28,03 Ml. ausmachen und im ganzen von der nicht zur Arbeiterschaft gehörigen Hälfte des deutschen Volks getragen werden, dort also eine Kopfbelastung von 52,06

Mark hervorrufen. Die andere Gruppe umfaßt die übrigen Steuerarten, Zölle, Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern mit zusammen 22,94 Ml. Kopfbelastung. Diese Last wird aber von dem ganzen Volk getragen, denn das ist ja der Haupteinwand gegen die Verbrauchs- und Verkehrsbesteuerung, daß sie kopfstuerartig wirkt. Von den Verkehrssteuern wird übrigens auch nur ein geringer Teil von den Arbeitern getragen. Fast 260 Millionen von ihrem Gesamtbeitrag fallen auf Grundstücksbesitz- und sonstige Stempelsteuern. Sie mögen aber als voll in die Waagschale der Arbeiter fallen, als Ausgleich für den sehr geringen Anteil, den die Gebobeneren unter ihnen an den direkten Steuern haben.

Und nun kann man zur ungefähren ziffermäßigen Berechnung der Gesamtbelastung einerseits der Arbeiterbevölkerung, andererseits der übrigen Volkskreise schreiben. Die dreißig Millionen der Arbeiterbevölkerung steuern mit einer Kopfbelastung von 22,94 Ml. insgesamt 688 Millionen für die öffentlichen Lasten aller Art bei. Die anderen 30 Millionen des Volkes bringen aus Zöllen, Verbrauchs- und Verkehrssteuern ebenso viel auf, dazu aber noch eine Kopfbelastung an direkten Steuern und dergleichen mit 52,06 Ml., das sind weitere 1562 Millionen, zusammen also 2250 Millionen.

Also, so resümiert dann das Organ derer von „Bildung und Besitz“, die eine Hälfte des Volkes, die Arbeiterschaft trägt mit 688 Millionen knapp ein Viertel, die andere Hälfte drei Viertel der Steuerlast. Und triumphierend fügt sie hinzu, an dieser Feststellung „gibt es nichts zu rütteln“. Mit Verlaub edles „Organ für Volksaufklärung“ Euer ganzes Exempel ist ein plumpes jesuitisches Taschengeldspielerei.

Seit wann gehört denn die Hälfte des deutschen Volkes zu den Besitzenden? Wer hat denn je behauptet, daß nur die Arbeiter die Leidtragenden bei den indirekten Steuern sind? Wir haben stets von den Volksmassen, von den breiten Schichten der Bevölkerung in diesem Zusammenhang gesprochen. Mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen gehört sozial und ökonomisch betrachtet zum Proletariat, zu den Nichtbesitzenden. Und von den übrigen 30 Prozent gehört auch noch der größere Teil nicht zu den Besitzenden. Das ganze Rechnungsexempel der „Badischen Landeszeitung“ fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen, wenn man ihr die Grundlage — die eine Hälfte der Besitzenden — entzieht. Wer malträtiert denn den gewerblichen Mittelstand durch die Gesetze? Wer hat die Zollpolitik gemacht, wer die Hunderte von Millionen indirekter Steuern, durch welche der gewerbliche Mittelstand so hart getroffen wird? Wer hat im Landtag mitbeschließen helfen, daß das Betriebskapital des gewerblichen Mittelstandes von 1000 Mark ab versteuert werden muß, während der landwirtschaftliche bis zu 25 000 Ml. steuerfrei bleibt? Waren das die Sozialdemokraten, oder nicht vielmehr die prinzipienlosen Nationalliberalen?

Köstlich ist folgender Satz der „Bad. Landesztg.“: Sozialdemokratische Wahlerfolge nämlich würden nur die Reaktion stärken.

So, so! Darum haben wohl die Nationalliberalen im Jahre 1905 bei der Landtagswahl 5 Sozialdemokraten wählen helfen. O, Landesbase, bemüht Euch doch nicht so frampfhast mit uns anzubündeln. Diese Taktik ist sinnlos und führt eure Partei ins Verderben. Der Mittelstand fällt auf eure Rattenfänger melodien nicht mehr herein, von den Arbeitern schon gar nicht zu reden. Was die Linksliberalen über eure Taktik denken, sagen sie euch vielleicht gelegentlich unter vier Augen. Bergeht das Sprichwort nicht: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“

Der Zentrumskandidat für Durlach.

Wie wir hören, ist Donnerstag Abend in einer Vertrauensmännerversammlung des Zentrums einstimmig Herr Rechtsanwalt Trunk (Karlsruhe) als Kandidat für Durlach-Stadt aufgestellt worden. Nunmehr stehen sich vier Kandidaten gegenüber. Die Kandidatur Trunk kann allerdings nur als Pöbelkandidatur in Betracht kommen.

Die nachteiligen Wirkungen der Tabaksteuer

machen sich immer mehr fühlbar. In einer Anzahl Fabriken in Hohenheim wurden Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen vorgenommen. Im ganzen sind bis jetzt 218 Personen arbeitslos, die Unterhaltungsansprüche geltend machen. Davon entfallen auf die Firma Halle u. Benfinger 43, Liebhold 100, Neu 20, Genossenschaftsfabrik 55 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei der Firma Stunkel wird nur einen halben Tag gearbeitet, in der Fabrik wurde die Arbeitszeit um 1 Stunde und bei Hohenheimer um 1 1/2 Stunde verkürzt.

Herr Steuermissionar Wahl, der seinerzeit die Hohenheimer in „helle Begeisterung für das Zentrum“ entflammte — so stand es wenigstens im „Beobachter“ — würde gut tun, jetzt nach der Einführung der Steuer dort wiederum eine Versammlung zu veranstalten. Wir möchten bezweifeln, ob jetzt diese „helle Begeisterung für das Zentrum“ in Hohenheim noch vorhanden ist.

Versammlungen.

Steinbach (Amt Bühl).

Wie „wahrheitsliebend“ die Zentrumspropaganda über gegenwärtige Versammlungen berichtet, sei beispielsweise an einem Bericht über die vor kurzem hier stattgefundene Volksversammlung, in welcher unser Landtagskandidat, Genosse Marxhoff, referierte, gezeigt. Im „Aber-Bühlerbote“ erschien ein Bericht, in welchem behauptet wurde, daß Herr Stadtpfarrer Dietmeier in einer 15minütigen Rede die Ausführungen des Redners widerlegte. Die Versammlung sei dann nach der Entgegung Marxhoffs in einer Weise geschlossen worden, daß es bereits niemand gehört habe; offenbar hätte man die Entgegnung des Herrn Stadtpfarrers gewünscht. Weiter heißt es, daß die jungen, noch nicht wahlberechtigten Sozialdemokraten für den nötigen Radau gesorgt hätten. Von dem Radau des alten Zentrumsmannes mit dem grauen Bart, sowie den vielen Zwischenrufen des Bürgermeisters, welcher an der Seite des Herrn Dietmeier saß, hat offenbar der Herr Pfarrer nichts gehört. Die Versammlung wurde auch nicht geschlossen, daß es kaum hörbar war, im Gegenteil, der Vorsitzende rief laut genug: „Wünscht noch jemand das Wort?“ Da

Grund genommen eine Frontänderung der Unternehmerrückfrage; denn vor dem Kampfe war keine Rede davon, daß der Lohn nach Maßgabe der Konjunktur geregelt werden sollte. Die Unternehmer wollten vielmehr den Lohn für einen Zeitraum von fünf Jahren jetzt während der schlechten Konjunkturperiode festsetzen, jedoch die Arbeiter für die kommende gute Konjunktur an die Löhne gebunden sein würden, die während der schlechten Konjunktur festgesetzt wurden.

Eine Aussicht auf eine unmittelbare Wiederaufnahme der Arbeit ist indes nicht vorhanden.

Selbstherrlicher Nikolaus. Aus Petersburg wird gemeldet: Am 15. September wurde hier eine vom Zaren gutgeheißene Verfügung des Ministeriums über Artikel 96 der Grundgesetze veröffentlicht. Ihr zufolge unterliege dem Zaren als dem obersten Kriegsherrn alle gesetzgeberischen Fragen hinsichtlich der Organisation der Landes- und Kriegsrechte, die der Landesverteidigung, ferner die Fragen über die Armee, die Flottenverwaltung inbezug, sämtliche Verfügungen des Staats, des Marine- und Militär-Resorts, falls sich keine neuen Geldanweisungen benötigen. Falls neue Kredite nötig werden, sind für diese Kaufschulden auf dem gewöhnlichen gesetzgeberischen Wege zu erbitten, wobei genaue Angaben über die Verwendung erst im Budget einzureichen wären. Auf gewöhnlichem gesetzgeberischen Wege werden die Gebiete speziell der Militär-Gesetzgebung ausschließlich solcher Fragen erledigt, die eine Veränderung oder Abschaffung der geltenden Gesetze erfordern oder in den Bereich der legislativen Fragen anderer Ressorts gehören.

Badische Politik.

Die Expropriation des „Segauer Erzählers“

durch das Zentrum hat in der nationalliberalen Partei wie eine Bombe eingeschlagen. Im nationalliberalen Lager ist man ganz entsetzt über diesen Vorgang. Und doch ist er eine nur zu erklärliche Folge der unbegreiflichen Haltung, welche die Führer dieser Partei gegenüber der Presse einnehmen. Eine solche Ueberumpelung wäre bei keiner anderen Partei möglich. Was haben die Vertreter der Presse in der nationalliberalen Partei zu sagen? Einfach nichts. Sie entledigen sich rein handwerksmäßig eines hohen Honorar ihrer Aufgabe als Redakteure. Unter hundert nationalliberalen Redakteuren befindet kaum einer ein Ehrenamt in der Partei, daß sie als Agitatoren für die Partei arbeiten, fällt den Herren gar nicht ein, man will das an maßgebender Stelle auch gar nicht haben. Redakteure nationalliberaler Blätter sind froh, wenn keine Versammlungen stattfinden, dann brauchen sie auch keine Berichte zu schreiben. Wie oft kommt es vor, daß Redakteure nationalliberaler Blätter über Nacht ihre politische Gefinnung wechseln und Redakteure eines Organs einer anderen politischen Partei werden. Ja, nationalliberale Zeitungen machen ganz dieselbe Wandlung durch.

Wie gering die Arbeitskraft der Redakteure nationalliberaler Blätter eingeschätzt wird, beweist u. a. auch die Tatsache, daß der Redakteur des „Segauer Erzähler“, Herr Geroldin, der seit 22 Jahren das Blatt redigierte, keine Ahnung von dem Verkauf des Blattes an das Zentrum hatte. Er wird jetzt nach 22jähriger treu geleisteter Dienstzeit einfach aufs Pflaster gesetzt. Und die nationalliberale Parteileitung, was tut sie? Man wird vergeblich nach irgendwelcher Kundgebung in der nationalliberalen Presse suchen. Nur einzelne Organe äußern sich zu dem peinlichen Vorfall. So schreiben die „Singer Nachrichten“:

Die Zentrumsparthei mußte, daß der „Segauer“ das größte Hindernis war gegen die Eroberung des 6. Wahlbezirks und daß dieser ihr jetzt sozusagen ohne Schwertstreich zufallen wird. Dafür war ihr kein Opfer zu groß und sie hat das heißersehnte Ziel auf Schleidwegen auch glücklich erreicht. Es fragt sich allerdings, ob die Liberalen den Mut und die Kraft gehabt hätten, den „Segauer“ selbst zu erwerben. Für die Aufgabe der Presse hat man in liberalen Kreisen im allgemeinen wenig Verständnis und besonders die wohlhabenden Parteifreunde, die die Ehrenämter inne haben und die Parteipresse mit Vorliebe ad majorem sui gloriam in Anspruch nehmen, pflegen die Hand auf den Ventel zu drücken, wenn sie ein Opfer bringen sollen. Die „Bad. Landeszeitung“ weiß selbst aus eigener Erfahrung, daß nur wenige und fast immer die gleichen Männer sich zur materiellen und ideellen Unterstützung der Parteipresse bereithalten; die meisten, mitunter gerade die wohlhabendsten, stehen abseits und schimpfen, wenn nicht alles nach ihrem Wunsch geht.

Und das ist die Partei von „Bildung und Besitz“.

sich niemand meldete, sagte er: „Dann schließe ich die Versammlung.“ Andere Leute, die weiter vom Vorstandstische weg saßen, als Herr Dietmeier, haben die Worte des Vorsitzenden trotz der Unruhe, welche im Saale herrschte, deutlich gehört, nur Herr Dietmeier nicht. Er hat nochmals um das Wort, nachdem geschlossen war und sagte, er hätte das Schließen überhört. Daraufhin sagte Genosse Markloff zu Herrn Dietmeier: „Herr Pfarrer, wir werden schon noch Gelegenheit bekommen, die Klinge zu kreuzen, also nichts für ungut.“ Herr Dietmeier antwortete darauf nichts, sondern machte nur ein verzerrtes Gesicht. Daß die Ausführungen des Genossen Markloff gelesen haben und nicht die des Herrn Dietmeier, beweist der Beifall, den Markloff erhielt und derjenige, welchen Herr Dietmeier bekam; kaum 3 bis 4 Getreue klatschten nach Herrn Dietmeiers Verlegenheitsrede. Auch hat Herr Dietmeier nicht eine Stunde, sondern höchstens eine halbe Stunde gesprochen.

Daß die Versammlung für uns gut gewirkt hat, beweist ein weiterer Artikel der „Badischen Volkszeitung“, welcher sich nochmals mit derselben befaßt. In dem Artikel wird von neuem gelogen, ja das Zentrum ist nun sogar mit der Versammlung zufrieden; liegt sich also selbst an. Wir können Herrn Dietmeier sagen, daß wir auch zufrieden sind. Der Wahltag wird schon der Wahrheit die Ehre geben! Er wird zeigen, daß auch in Steinbach die Sozialdemokratie Fortschritte macht. Wir möchten aber doch Herrn Dietmeier fragen, wie der Mann, welcher nicht zum Zentrum gehörte, der sich schon in einem öffentlichen Schriftstück als Sozialdemokrat unterzeichnet hat, heißt und wer erklärt habe, er habe jetzt beide Seiten gehört und gemerkt, daß die Wahrheit in der Mitte liege, das Zentrum sei aber die Mitte und deshalb wähle er Zentrum. Solange Herr Dietmeier nicht den Namen dieses Gefinnungsbildeten nennt, müssen wir diese Nachricht als eine grobe Wahllüge bezeichnen, welche nur den Zweck hat, Gimpel zu fangen. Dessenhalb ist in der Versammlung eine diesbezügliche Äußerung nicht gemacht worden. Aus dem Artikel der „Badischen Volkszeitung“ spricht nur Kerger und ohnmächtige Mut, weil unsere Versammlung so aufläutend gewirkt hat, sonst würde man sich nicht wiederholt damit beschäftigen. Der 21. Oktober wird zeigen, daß nicht nur in Steinbach, sondern im 84. Bezirk überhaupt die Sozialdemokratie vorwärts marschiert.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Leipzig, 17. Sept. 1909.

Fünfter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Vors. Lipinski eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Zur Reichsversicherungs-Ordnung liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag hält unter Betonung der Grundzüge, die bereits in den Beschlüssen des Parteitages zu München 1902 und des internationalen Kongresses zu Amsterdam 1904 zum Ausdruck gebracht sind, eine umfassende und gesicherte Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten, sowie diesen sozial gleichgestellten Personen durch die reichsgesetzliche Zwangsversicherung für unbedingt notwendig. Die bestehende Arbeiterversicherung ist unzureichend und genügt den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse bei weitem nicht.

Die Vereinheitlichung (organische Verbindung) der bisherigen Arbeiterversicherung, unter voller Selbstverwaltung durch die Versicherten, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Reform der Arbeiterversicherung.

Der vom Reichsamt des Innern veranlassete Entwurf einer Reichsversicherungsordnung erfüllt die berechtigten Ansprüche der Arbeiter nicht. Er bringt neben einigen kleinen Verbesserungen (Ausdehnung des Bereichs der versicherungspflichtigen Personen, Witwen- und Waisenversicherung) erhebliche Verschlechterungen der Rechte der Versicherten.

Der Parteitag fordert:

A. Für alle Versicherungszweige.

1. Volles Selbstverwaltungsrecht für die Versicherten, das sich auf das ganze Gebiet der Verwaltung der Versicherungsträger, das Aufsichts-, Beschlags-, Spruch- und Schiedsverfahren erstreckt und das sich aufbaut auf das aktive und passive Wahlrecht aller Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts.
2. Wahl der in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und gemeinsamer Wahl auf Grund des Proportionalwahlsystems.
3. Uebernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden auf das Reich, die Einzelstaaten und Gemeinden.
4. Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht auf 5000 M.
5. Einheitlichkeit des Reichsweges, Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes als höchste Aufsichts- und Rekursinstanz.

B. Für die einzelnen Versicherungszweige.

1. Krankenversicherung.

1. Zentralisation der Krankenversicherung, gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte, Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf die Gewährung ergänzender Krankentüchtigkeit beschränken.
2. Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungsrechts, unter Befestigung der beschrankenden Bestimmungen.
3. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, auch in Bezug auf die Verhütung von Krankheiten, insbesondere:
 - a) Eine Schwangerschaftsunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen vor der Geburt.
 - b) Eine Wöchnerinnenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen nach der Geburt, beides in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes.
 - c) Freie Gewährung der Hebammendienste und bei Schwangerschaftsbeschwerden freie Gewährung der ärztlichen Hilfe.
 - d) Gewährung dieser Leistungen an die Ehefrauen der Versicherten.
4. Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten zu erlassen und die Durchführung dieser, sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu überwachen.
5. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Diensthöfen, Hausgewerbetreibenden und Wanderarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern.

2. Unfallversicherung.

1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sowie auf die Selbständigen im Kleingewerbe und in der Hausindustrie.
2. Bei der Berechnung der Entschädigung für die durch Betriebsunfälle zu Schaden gekommenen Versicherten ist der volle Jahresverdienst in Anrechnung zu bringen, und voller Schadenersatz zu leisten. Die Witwenrente ist auf 33 1/2 Prozent zu erhöhen.
3. Die Entschädigungspflicht ist auszudehnen auf alle Unfälle, die den Versicherten auf dem Wege zur Betriebsstätte und von dort nach Hause zustoßen. Ferner sind die Gewerbekrankheiten in gleicher Weise wie die Betriebsunfälle zu entschädigen.
4. Bei der Ermittlung des Unfallvorganges und bei der Rentenfestsetzung ist den Versicherten eine Mitwirkung einzuräumen durch gewählte Vertreter aus ihren Kreisen.
5. Die Entschädigungspflicht der Träger der Unfallversicherung hat vom Tage des Unfalls an zu beginnen.
6. Entschieden Zurückweisung der Bestimmungen in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung, wonach für den Fall, daß der Verletzte einen höheren Verdienst erlangt als vor dem Unfall, die Rente ruht oder entsprechend gekürzt wird, oder der Verletzte die ihm von dem Träger der Versicherung gebotene Arbeit annehmen muß. Die Erwerbseinkünfte ist zu bemessen unter Berücksichtigung der Arbeitsfähigkeit des Verletzten in seinem Beruf.
7. Ablehnung der Bestimmung des Entwurfs, daß eine Rente von 20 Prozent der Vollrente für einen bestimmten Zeitraum gewährt und Renten in diesem Umfang von dem Träger der Versicherung durch einmalige Abfindung abgelöst werden können.
8. Die Ausländer, die in inländischen Betrieben Unfälle erlitten haben, sind in ihren Rentenansprüchen den Reichsangehörigen gleichzustellen.

3. Invalidenversicherung.

1. Die Versicherungspflicht ist auszudehnen auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten und diesen sozial und wirtschaftlich gleichgestellten Personen, deren Jahresarbeitsverdienst 5000 M. nicht übersteigt.
2. Alle privaten Erbschaften sind zu verbieten.
3. Jede Beitragsklasse hat den vollen Jahresarbeitsverdienst des Versicherten zu erfassen. Die Zahl der Beitragsklassen ist entsprechend zu erhöhen.
4. Die Invalidenrente ist zu bewilligen, wenn der Versicherte nicht mehr in der Lage ist, in seinem Beruf die Hälfte des Lohnes eines gleichartigen Vollarbeiters zu erwerben. Die Rente muß mindestens ein Drittel des versicherten Jahresverdienstes betragen. Sie ist zu steigern:
 - a) durch Erhöhungen infolge der Dauer der Versicherung;
 - b) bei höherer Erwerbsunfähigkeit;
 - c) Hilflosen, die besonderer Pflege bedürfen, ist der volle versicherte Arbeitsverdienst als Rente zu bewilligen.
5. Die Altersrente ist entsprechend der Invalidenrente zu erhöhen. Sie ist allen Versicherten, die bis zur Vollendung des 66. Lebensjahres die Anwartschaft aufrechterhalten haben, zu bewilligen, ohne daß ein Nachweis über die Beschäftigung aus der Zeit, die vor Eintritt der Versicherungspflicht liegt, erbracht wird. Die Aufrechterhaltung der Anwartschaft soll erleichtert und die Wartezeit verkürzt werden.
6. Das Heilverfahren ist für die Versicherten und deren Angehörige obligatorisch zu machen und sind die Krankenkassen zu verpflichten, alle für ein Heilverfahren geeignet erscheinenden Krankheitsfälle der Versicherungsanstalt anzuzeigen.
7. Während der Dauer des Heilverfahrens ist in hinreichender Weise für die Angehörigen zu sorgen.

4. Hinterbliebenenversicherung.

1. Witwenrente ist allen Witwen der Versicherten zu gewähren in der Höhe von mindestens 20 Prozent des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Invalidenwitwen ist die Rente auf 33 1/2 Prozent zu erhöhen.
2. Für jedes Hinterbliebene, unter 16 Jahre alte Kind ist eine Waisenrente, ebenfalls in der Höhe von mindestens 20 Prozent des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen zu gewähren.
3. Bei mehreren Kindern findet die Gesamtrente ihre Grenze, sobald sie die Höhe von 100 Prozent des versicherten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen erreicht hat.
4. Unehehlige Kinder sind den ehelichen gleichzustellen. Den ehelichen Müttern sind die Mütter unehelicher Kinder gleichzustellen, wenn deren Unterhalt größtenteils von dem Verstorbenen bestritten worden ist.
5. Den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit seines Todes im Inland nicht ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben, steht ein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten zu.

Zum Punkte Unfallversicherung erhält das Wort

Robert Schmidt (Berlin): Eine außerordentlich wichtige Forderung haben wir in den Vordergrund zu stellen: daß die Unfallversicherung auf alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen ausgedehnt wird. Nicht einmal der Personentreis in den drei großen Versicherungszweigen ist bei der großen „Vereinheitlichung“ gleichgemacht worden. So hat man von der Unfallversicherung viele Arbeiter der Handwerksbetriebe ausgeschlossen, weil dort die Unfallgefahr nicht so groß sei und die Handwerker die Prämien nicht tragen könnten. Dem stelle ich entgegen, daß für den Arbeiter Leid und Schaden derselbe ist, gleichviel ob er den Unfall in einem Kleinbetriebe oder in einer kleinen Werkstatt erleidet. Gerade weil die Unfallgefahr im Handwerk nicht so groß ist, würden auch die Lasten für die Handwerker nicht so groß sein. Wir verlangen Schutz und Versicherung gegen Unfall ohne Unterschied der Arbeitstätigkeit. (Sehr wahr!) Wie ungerecht der bisherige Zustand ist, der auch für die Zukunft beibehalten werden soll, beweist die Tatsache, daß ein Fensterputzer unfallversichert ist, wenn er das Fensterputzgewerbe betreibt, aber nicht wenn er Hausdiener oder sonst Angestellter ist. Es ist ein geringer Trost, daß die neue Reichsversicherungsordnung die Unfallversicherung auf Stalleute, Automobilfahrer und Luftschiffer ausgedehnt ist. (Geister!) Für das Handelsgewerbe soll es bei der bisherigen unsicheren Abgrenzungen der Versicherungspflicht bleiben. So

läßt der Entwurf jede Großzügigkeit vermissen, ist geschäftlich und kleinlich. (Sehr wahr!) Wir fordern weiter eine Ausdehnung der Entschädigungspflicht und des Begriffs des Betriebsunfalls. Auch der Weg von und zur Arbeit muß unter die Versicherungspflicht fallen. Denken Sie nur an die Werftarbeiter und Schornsteinfeger und ihren schwierigen Weg zur Arbeit oder von einer Arbeitsstätte zur anderen. Weiter wenden wir uns dagegen, daß so oft der Zusammenhang zwischen Betriebsgefahr und Erkrankung verneint wird. Malaria und Stomatitis hängen eng mit dem Beruf des Seemanns zusammen und doch wird dafür keine Entschädigung gewährt. Ebenso liegt es bei den zahllosen Vergiftungen, obwohl Prof. Lewin von der Berliner Universität den Zusammenhang mit der Gewerbebetätigtung und dem plötzlichen Eintritt ausdrücklich nachgewiesen hat. England ist uns vorangegangen, hat 159 Sachverständige, darunter 92 Ärzte, vernommen und 84 Arten gewerblicher Erkrankungen auf ihr Gutachten hin zu Betriebsunfällen erklärt. In Deutschland aber werden Tausende von Arbeitern in Zin- und Bleihütten langsam zutode gequält. Oberschlesische Zinkhütten bekommen schon keine deutschen Arbeiter mehr, weil der Eintritt in sie die Verurteilung zu langsamem Tode bedeutet. Auch in den Thomasladenschmelzen und in den Steinhaerwerken ist die Betriebskrankheitsgefahr außerordentlich groß. Wir verlangen die Entschädigung für den vollen Arbeitsverdienst, Erhöhung der Witwenrente auf 33 1/2 Prozent und Beginn der Entschädigung vom Tage des Unfalls an. Neu ist im Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Definition der Erwerbseinkünfte. Wenn diese Definition, wie die Verfassungskommission annehmen, eine größere Berücksichtigung der Verunsicherbarkeit bedeutet, soll sie uns als Entgegenkommen an einen alten Wunsch willkommen sein. Aber es kann das eigentlich nicht die Absicht der Regierung sein, denn über das Mißen der Rente führt der Entwurf Bestimmungen ein, die den Verunsicherbarkeit weit fortzuführen. Wer z. B. nach dem Unfall den gleichen Lohn verdient wie vorher, soll keine Rente erhalten. Aber dabei ist die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse z. B. Bezug nach einer großen Stadt oder Erziehung der individuellen Geschicklichkeit bei einem jungen Berufstätigen außer acht gelassen. So weltfremd sind die Väter dieses Entwurfs. Manche Arbeiter, der ein Auge verliert, verdient nachher ebenso viel und erhält demnach keine Rente. Wenn aber das Licht des einen noch gebliebenen Auges nachläßt oder er es bei einem Unfall des täglichen Lebens verliert, so steht er ganz ohne Unterstützung da. Nach dem Entwurf soll der Verletzte verpflichtet sein, Arbeit zu leisten, die ihm die Verfassungskommission anbietet. Dagegen wehren sich die Verfassungskommissionen, weil sie diese Arbeitsvermittlung nicht übernehmen können. Ihnen genügt die vollkommen strenge und scharfe Rechtsprechung in Bezug auf die noch vorhandene Arbeitsfähigkeit und dann fürchten sie auch, daß die Verletzten, denen sie noch Arbeit zumuten, Arbeitsgelegenheit von ihnen verlangen werden. Aber auch wir protestieren gegen diese Bestimmung, weil sie den Verletzten vollkommen der freien Verfügung über ihre Arbeitskraft beraubt und so einen der realistischen Vorschläge des Entwurfs darstellt. Der Entwurf will ferner den Verfassungskommissionen erlauben, Renten bis zu 20 Proz. ohne Zustimmung des Verletzten abzulassen. Wieser dürfen auf Antrag des Verletzten Renten bis zu 16 Proz. ausbezahlt werden. Die neue Bestimmung ist außerordentlich arbeitgeberfeindlich, weil nach der Abfindung weitere Ansprüche aus dem Unfall unter keinen Umständen erhoben werden können. Sehr oft aber stellt sich eine neue schwere Folge erst lange nach dem Unfall ein. Daher ist es unglücklich, daß Praktiker mit einigem sozialem Gefühl solche Bestimmungen vorschlagen, und man möchte fast glauben, daß, wie auf dem Verfassungskongress mitgeteilt wurde, das Reichsversicherungsamt überhaupt nicht zu dem Entwurf des Reichsamtes des Innern gehört worden ist. Sehr ungünstig ist für die Arbeiter auch, daß Renten bis zu 20 Proz. im voraus zeitlich begrenzt werden können. Ohne nochmalige Untersuchung des tatsächlichen Zustandes soll zum Vorteil und zur Bequemlichkeit der Verfassungskommissionen die Rente entzogen werden. Wir verlangen Anrechnung der vollen Lohnhöhe auf die Rente. Viele großstädtische Arbeiter kommen heute schon über 1500 M. hinaus, und dieses Mehr ihnen nur zum Teil anzurechnen, liegt kein vernünftiger Grund vor. Die industriellen Arbeiter stehen ja aber noch viel günstiger da, als die landwirtschaftlichen, die keinen nicht der wirklichen Lohn, sondern der sehr niedrigen ortsüblichen Tageslohn angerechnet wird. So kommen Landarbeiter-Unfallrenten bei voller Arbeitsfähigkeit bis zu 30 M. pro Jahr herunter. Mit Recht wehren sich daher die Gärtner, unter die landwirtschaftlichen Arbeiter gerechnet zu werden. Den Ausländern soll, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, die Rente abgelöst werden können. Das ist geradezu ein Anreiz zur vermehrten Beschäftigung von Ausländern; denn je mehr Ausländer dann beschäftigt werden, um so geringer ist die dauernde Belastung der Verfassungskommissionen. Die Ausländer können zudem gar nicht mehr nach eigenem Willen in Deutschland bleiben; denn auf Grund der Legitimationsarten werden sie mangels ausreichender und dauernder Beschäftigung ausgewiesen. Wenn die deutsche Industrie Ausländer, oft Lohnbrüder, beschäftigt und braucht, so soll sie ihnen auch volle Unfallentschädigung zahlen. (Sehr wahr!)

Das Rentenfestsetzungsverfahren soll jetzt eine Art Vorverfahren vor dem Versicherungsamt bekommen. Die Regierung sieht eine große Konzession darin, daß die Arbeiter dort an der Rentenfestsetzung mitwirken. Ich halte den Wert davon für außerordentlich gering, bin sogar geneigt, sie abzulehnen. (Sehr wahr!) Die gutachtliche Mitwirkung der Arbeiter ist nicht nur Schein. Wert hätte die Teilnahme der Arbeiter nur, wenn das Versicherungsamt ein ersitzungsfähiges Urteil fällen könnte, das von den Beteiligten durch Berufung angefochten werden könnte. So aber bedeutet dieses Vorverfahren nur eine Verzögerung der Entscheidung und gerade eine schnelle Rentenfestsetzung tut uns not. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die ärztlichen Gutachten angeht, so besteht die Bestimmung, daß der behandelnde Arzt das erste Gutachten abgeben soll, daß aber, wenn er Angestellter der Verfassungskommission ist, ein anderer Arzt das Gutachten abgeben soll. Diese Bestimmung hat das Reichsversicherungsamt so eng ausgelegt, daß sie ganz wertlos geworden ist, wie vor allem die Erfahrungen in der Wochener Knappschäftsstellenliste mit Prof. Löbber beweisen. Nun ist hier beantragt, daß jeder Verletzte das Recht haben soll, sich von einem Arzt seines Vertrauens auf Kosten der Verfassungskommission ein Gutachten ausstellen zu lassen. Ich habe nichts gegen die Annahme dieses Antrages, aber den Hauptwert lege ich auf die Selbsthilfe der Gewerkschaften. Sie müssen sich mit Hilfe der Arbeitersekretariate Ärzte suchen und finden, die sozial gerichtet sind und zur Verfügung stellen. Das ist um so notwendiger, als man sich mit der Frage, was Unfallfolge ist, in der medizinischen Wissenschaft erst beschäftigt hat.

indem wir... nicht klar... damit nicht... sichts die... der... lich. Erst... ohne besser... wickelt, in... Darnach... Verhandl... Wir h... gendes Ver... Lage entfi... Urteil fällt... bringend e... Schiedsgeri... vorgehen... sammlung... wie ein Bil... schäftigen... (Sehr wahr... diesen Verf... sagen, daß... gerichtet un... wir auf di... keinen Umf... gegen prote... sition ausge... daß die Za... daß dadurch... rungsamts... kann nicht... und Revision... bei Zivil-... gen die Nel... ämter habe... gemehrt. I... dem für u... der Unfallv... auch uns a... fallberhütun... ten, natürli... sammenfasse... nswegs g... Ausdehnung... fchritte. I... fordern, daß... gefunden s... Zur... Inval... erhält das... Luitse... leumderische... wie die, da... seien, daß... Voraussetz... den Münch... Sozialdemol... geordert... dafür geklä... Reichstag d... rüchlichlos... Alle späteren... geschrieben... tragen. In... ershöpft u... sicherung d... Kongresse b... Versicherung... die Anerken... Träger der... Instrument... Mensch. W... gegen die V... wir fordern... wideln und... Gerade vom... der Bestim... Sozialgesetz... Arbeiter (sch... wahr!) Die... der bisherige... rungsordnun... neres knidri... Man mo... das urprin... wenig bot... würdige Soz... Steuern und... lasten bedeut... den Arbeiter... mit der Weg... liche Bes... altem Mand... Aufstimmten... Nationallibe... ragen mit... rungen. Fort... wählungen u... Bei der auftr... bei der fort... Verteuerung... Daß gleichw... brüderci an... der um seine... beimarbeit, e... ten Arbeit a... Arbeit hassen... wahr!) Sch... dem unmittel... und der neue... Willen, i... leit und Ma... auch, daß die... Alle Agitatio... auch mancher... ändern verm... bewilligt. E... genug gefagt... kommt, daß

Die Wählerlisten

liegen vom 20. bis 27. September auf. Parteigenossen, trifft Vorbereitungen, damit die Einsichtnahme rasch und allgemein erfolgen kann.

Bad. Rheinfelden, 15. Sept. Die am vergangenen Sonntag hier im „Oberheinschen Hof“ stattgefundene öffentliche Versammlung des süddeutsch-schweizerischen Radfahrer-Bundes (Südwestradfahrer-Bundes „Solidarität“). Während von seiten des „Süddeutschen“ kaum 35 Mitglieder anwesend gewesen sein dürften, waren ca. 100 Mitglieder des Radfahrer-Bundes „Solidarität“ in der Versammlung. Der Referent, Herr Martin Radolfzell, behandelte das Thema: „Zweck und Nutzen der Radfahrer-Bereine und die Politik unter dem Deckmantel des Sports.“ Seine Ausführungen im ersten Punkt brachten für die Radfahrer nichts von Bedeutung, da er „vergessen“ hatte, zu erklären, was sein Bund mit ca. 2500 Mitgliedern bietet. Der letzte Punkt seines Themas galt den Arbeiter-Radfahrern der „Solidarität“. In echt jesuitischer Art wußte er nichts anderes vorzubringen, als die in seinem Organ stehenden Artikel vorzulesen, welche die Wahrheit einstellen. Ganz besonders verbissen zeigte er sich gegen solche Artikel, wo etwas über Aufklärung geschrieben stand, so z. B. wo die Arbeiter-Radfahrer zur Flugblattverteilung für die Partei aufgefordert wurden, so auch über einen Artikel im „Volksfreund“, in dem von der „roten Kavallerie“ gesprochen wurde. Was hat, so meinte er, in einem Radfahrer-Bund die Politik zu tun oder umgekehrt. Es sei durch diese Artikel nachgewiesen, daß der Arbeiter-Radfahrer-Bund Politik treibe unter dem Deckmantel des Sports. Es könne doch egal sein, wer zusammen fährt, ob Sozialdemokrat, Zentrumsmann oder Liberaler. Gegen die Sozialdemokratie hätte er ja nichts. (?) Das sieht man daran, daß er glaube, ganz besonders den Bezirksleiter der „Solidarität“, den Genossen Moser-Lörrach, herunterreißen zu müssen, denn dieser habe den Kampf heraufbeschworen. So machte er fort. Er wolle jedenfalls sein Referat künstlich in die Länge ziehen, um ja die Gegner, deren es samt der sonstigen Arbeiterschaft Rheinfeldens gegen 160 gewesen sein mögen, nicht mehr zum Wort kommen zu lassen, bis ihn einer seiner eigenen Mitglieder unterbrach und den Antrag auf Schluß der Versammlung vorlegte.

In der Diskussion wurde unbegreiflicherweise dem angegriffenen Genossen Moser-Lörrach nur 15 Minuten, jedem anderen Redner nur 5 Minuten Redezeit gewährt. Genosse Moser bezichtigte dies als eine schöne Maßnahme, da es in dieser kurzen Zeit rein unmöglich ist, all die Angriffe zurückzuweisen. Mit kurzen Worten fertigte derselbe unter stürmischem Beifall die Haltung des Herrn Martin gegen den Arbeiter-Radfahrer-Bund ab. Dabei verfuhr derselbe den Genossen Moser durch fortwährende Zwischenrufe unterbrechen zu müssen, so daß der Vorsitzende Korarbeiter Müller seinen Referenten ermahnen mußte, sitzen zu bleiben. Als er sich blamiert sah, packte er seine Aktentasche zusammen und zog ab. Der Versammlungsleiter mußte, um mitzukommen, die Versammlung schließen.

Nun forderte Genosse Moser den Referenten auf, dazubleiben, mit dem Hinweis, daß der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ die Versammlung weiter führen wird. Allein Herr Martin sagte, keine Zeit mehr zu haben. Die Versammlung wurde jetzt vom Genossen Moser geleitet. Das Lokal war noch gefüllt. Radlergenosse Rößig kennzeichnete alsdann mit scharfen Worten die Haltung und die jesuitische Kampfesweise des Referenten. Einem solchen Verein und wenn es ein Sportverein ist, wo aller Mühsal beizutreten ist, können die Arbeiter nicht beitreten. Und wenn die Arbeiter-Radfahrer Flugblätter für die sozialdemokratische Partei verteilen, ist das bei ihrer heutigen wirtschaftlichen Lage nur selbstverständlich. Diese Versammlung war für die Arbeiter-Radfahrer eine wirksame Demonstration, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Kommunalpolitik.

Ueber die Bürgerauswahlgewahl in Lörrach

Schreibt uns unser dortiger Korrespondent noch: Unsere Stadt stand diese Woche unter dem Zeichen der Bürgerauswahlgewahl. Die dritte Klasse wurde von unserer Partei, gegenüber dem Ansturm der Blokkparteien, den Nationalliberalen, Freisinnigen und Zentrum, mit einem hübschen Stimmvorsprung behauptet. Hübsch kann der Erfolg genannt werden, weil unsere Partei mit verschränkten Armen den Wahlgang von statten gehen ließ, während die bürgerlichen Raddelmüßelbrüder den letzten ihrer Mannen herbeischleppten. Unsere Stimmzahl hätte sicher um circa 200 höher geschraubt werden können, hätten wir nur annähernd die gleich fieberhafte Schlepperarbeit verrichtet, wie dies unsere Gegner taten. Diese glaubten am Abend des Wahltages den Sieg sicher über uns erfodeten zu haben, sie ahnten nicht, daß die Sozialdemokratie ihre Kolonnen so mühelos an die Urne bringt. Auch die absurde Wahlfrage, die ausgesprochene Tendenz der Sozialdemokratie, auf allen Gebieten für Ausgaben-Erhöhungen einzutreten, auf eine weitere Umlageerhöhung, die unerträglich wäre, hinzuwirken, wirkte lächerlich, da männiglich bekannt ist, daß alle einschneidenden Vorlagen der letzten drei Jahre im Bürgerauswahlgewahl fast ohne Ausnahme einstimmig angenommen fanden, wobei jeweils höchstens 23 Sozialdemokraten mitwirkten. In dem Berge darüber, daß unsere Partei mit den bürgerlichen keinen Wahlpakt abschloß und das Ansehen, sich einige Sitze abschwächen zu lassen, schände zurückgewiesen hatte, wußten die Wahlhüter auf den beteiligten Advokatenstufen offenbar nicht mehr, was sie schreiben, sonst hätte ein solcher Witz ihnen nicht unterlaufen können. Es können Situationen vorhanden sein, wo ein Wahlbündnis der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien sich rechtfertigen läßt, wie dies auch vor drei Jahren der Fall war, wo es galt, die einseitige Herrschaft des Freisinn zu brechen. Nachdem dies erreicht war, hatten wir keine Ursache mehr, ein zweites Wahlbündnis zu treffen.

Jetzt können die Dispositionen für die Landtagswahlen viel besser getroffen werden. Daß unsere Partei den rechten Weg beschritt, bewies auch die Wahlbeteiligung, die, obgleich keine allzu starke, vorher nie zu verzeichnen war. Von 1332 Wählern der dritten Klasse stimmten 777 (58 Proz.) ab, wovon unsere Partei 421 auf sich vereinigte. Daß die Sozial-

demokratie Leben in die Bude bringen kann, bewies auch die Wahl zur zweiten Klasse, zu welcher in allerletzter Stunde unsere Partei eine eigene Liste herausgab, nicht in der Absicht, einen Erfolg zu erringen, dazu fehlten alle Vorbedingungen, sondern um sich noch einmal zu ergötzen, wie sich unsere Gegner die Beine abtoben und einen gewissen Körperleib wunden radelten.

Im Schweife ihres Angeichts taten sie dies auch redlich und trieben von 492 Wahlberechtigten 243 zur Urne, während unsere Liste 39 Stimmen erzielte, eine Zahl, die verdoppelt hätte werden können, wenn die Absicht vorgelegen hätte. Die erste Klasse überließen wir den Gegnern in Ruhe.

Das Vorspiel für den 21. Oktober ist vorbei und es hat uns keine schlechte Perspektive eröffnet. Jetzt gilt es allerdings, nicht mehr mit verschränkten Armen die Dinge an sich herantreten zu lassen, sondern in Stadt und Land werden wir jetzt zum Angriff übergehen und jeden Augenblick zur unermüdlischen Tätigkeit ausnützen. Ein gutes Stück Arbeit ist schon geleistet. In vielen Orten des Markgräflerlandes sprachen unsere Redner vor vollbesetzten Versammlungen über die Vorgänge im Reich und in Baden. Die Stimmung war für uns allenthalben sehr gut und berechtigt zu den besten Aussichten.

Gaggenau, 17. Sept. Der Werkmeister Roth möchte unter Bezugnahme auf den Artikel unseres Blattes in der Nummer vom 9. September festgestellt haben: 1. daß er 54 Quadratmeter unentgeltlich abgetreten habe; er verlange nur das bezahlte, was auf diesem Blatte steht. 2. Das Geschäft gehe nicht ihm, sondern seiner Frau. 3. Er habe noch nie einen Arbeiter gedrückt, der nicht bei ihm kaufte.

Hilbesheim, 16. Sept. Bei der am 15. ds. Mts. stattgefundenen Bürgerauswahlgewahl zur 3. Klasse siegte unsere Liste mit 93—105 Stimmen, so daß wir jetzt im Vollbesitz der 3. Klasse sind. Bei der am 16. ds. Mts. stattgefundenen Wahl zur 2. Klasse siegte die Liste des Bauernbundes, es befinden sich auch drei Handwerker darunter; eine Gegenliste war nicht aufgestellt.

Soziale Rundschau.

Mannheim, 13. Sept. Die hauptsächlichsten Gegenstände des Verbandstages der deutschen Milchhändlervereine, der in den letzten Tagen hier versammelt war, betrafen die Frage der Einführung einer Milchkontrolle an den Produktionsstätten, die Milchverjüngung der Städte und die Schaffung geregelter Verhältnisse zwischen Milchproduzenten und Milchhändlern. Ueber die Notwendigkeit einer staatlichen Kontrolle der Milchproduktionsstätten referierte Dr. Reif-Charlottenburg. In einer Resolution wurde gefordert, daß die Milchkontrolle auf das Produktionsgebiet ausgedehnt und durch Aenderung des Nahrungsmittelgesetzes für Verschulungen an der Produktionsstätte der Produzent verantwortlich gemacht wird. In einer weiteren Resolution behaupte der Verband das Verfahren einzelner Polizeiverwaltungen, die Ergebnisse der amtlichen Milchkontrolle in der Tagespresse zu veröffentlichen. Zur Frage der Sonntagsruhe im Milchhandel wurde in einer Resolution die unbeschränkte Freigabe des Milchhandels bis 2 Uhr nachmittags gefordert. Ein Antrag des Vereins der Milchhändler in Hamm, der die Konfessionierung des Milchhandels befürwortete, wurde nach lebhafter Bekämpfung dem Verbandsverstand überwiegen.

Badische Chronik.

Entlingen.

— Zur Aufnahmeprüfung für das hiesige Seminar sind 124 Anmeldungen eingelaufen, für den ersten Kurs 109, für den zweiten 7 und für den dritten 8. Unter den sich Meldenden befinden sich 93 mit dem Einschulungsexamen und 7 Gymnasialabiturienten. Da im ganzen nur 72 Seminarplätze aufgenommen werden können, mußten die übrigen, die sich gemeldet hatten, zurückgewiesen werden.

Singen.

Öffentliche Versammlungen finden am kommenden Sonntag, 19. September, nachmittags in Holzlingen und abends in Friedingen statt. In beiden Versammlungen wird Genosse Wörner über die Finanzreform und über die politische Lage in Baden sprechen. Es ist zu wünschen, daß auch Parteigenossen von Singen in den beiden Versammlungen sich einfinden, um so auch ihrerseits ihr Interesse an der Agitation in den ländlichen Orten zu bekunden.

Vom Schwarzwald, 16. Sept. Die „Badische Heimat“, Verein für Volkstunde, ländliche Wohlfahrtspflege und Heimatschutz, hat ein für die Bauernhöfe des Schwarzwaldes hochbedeutungsvolles Unternehmen in Aussicht genommen. Es handelt sich dabei um die Wiedereinführung des Strohbadens und damit um Erhaltung bzw. Neubelebung des Schwarzwaldlandschaftsbildes. Es wurde ein feuerfestes Strohbad konstruiert. Wenn die für Oktober in Aussicht genommene Brandprobe gelingt, so dürfte damit eine für das Bauernhaus sehr wichtige Förderung gewonnen sein.

Weersburg, 16. Sept. Der Fischereiverein für den Ober- und Ueberlinger-See hält am 26. September hier seine diesjährige Generalversammlung ab.

Landwirtschaftliches.

Abhaltung eines dreitägigen unentgeltlichen Lehrcurses für Einernung, Sortierung und Verpackung des Obstes, sowie zwecks Erlernung einer rationellen Nährbereitung. Zu der seitens der Landwirtschaftskammer in der Zeit vom 23.—25. September (je einschließlich) geplanten Abhaltung eines Lehrcurses für Einernung, Sortierung und Verpackung des Obstes usw. sind erfreulicherweise bereits so viele Anmeldungen eingelaufen, daß derselbe bestimmt in der genannten Zeit, d. h. vom 23. bis 25. September, in Bühl stattfindet. Da die Zulassung zu diesem Kurse geschlossen wird, sobald im ganzen 20 Teilnehmer

sich hierzu angemeldet haben, werden weitere Interessenten gut tun, sich baldmöglichst bei dem Veranstalter dieses Kurses, der Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, Ettlingerstraße 59, anzumelden. Der Besuch des praktisch-theoretischen Kurses ist kostenlos. Bei der Festsetzung des Stundenplanes bei diesem Kurse wird darauf Rücksicht genommen, daß die Kursteilnehmer teilweise außerhalb des Abhaltungsortes des Kurses wohnhaft sind und deshalb zum Besuche des Kurses jeweils regelmäßig früh morgens und abends bestimmte Bahnzüge oder sonstige Fahrgelegenheiten benötigen.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 18. Sept.

Die Leipziger Parteitagswache.

Am nächsten Mittwoch, 22. ds. Mts., findet in der Restauration Ruffschmann eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Gen. Ad. Ged. spricht über den Verlauf des diesjährigen Parteitages. Wir machen schon heute auf diese wichtige Versammlung aufmerksam.

Für die Stadt Karlsruhe und die Vororte liegt der heutigen Nummer als besondere Ausgabe eine Bekanntmachung des Stadtrats betr. die Auslegung der Wählerlisten für die Landtagswahlen bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.

Sozialdemokratische Wählerversammlung in der Weststadt.

Die am Mittwoch im „Wirttemberg Hof“ stattgefundene Wählerversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Die Genossen der Weststadt sind sich bewußt, daß sie auf dem Damme sein müssen, wenn der 21. Oktober auch für sie ein Ehrentag werden solle.

Der Kandidat des 43. Wahlbezirks, Genosse Albert Willi, entwickelte in 1½stündigen Vorträgen sein politisches Programm.

Zunächst gab er einen Rückblick auf die Wahlen von 1906; dort schon sei dank der außerordentlichen Tätigkeit der Sozialdemokratie, der Sieg der Reaktion vermieden worden. Von dem Ausfall der Wahlen am 21. Oktober müsse es abhängen, in welcher Form das badische Volk künftig regiert werden solle. Der Kampf werde ein heifer werden, jedoch die Sozialdemokratie nehme denselben mit aller Entschlossenheit und Energie gegen seine Feinde auf. Von den Nationalliberalen müsse gesagt werden: Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Diese Partei will den Kampf nach zwei Fronten führen, aber mit einer solchen Taktik komme sie auf den Hund. Werde aber das badische Land an die Reaktion ausgeliefert, dann möge sich das Volk bei den Nationalliberalen bedanken.

Redner geht nun auf unsere Programmforderungen des näheren ein. Die Sozialdemokratie sei mit Augenblickserfolgen nicht zufrieden, sondern sie halte unerzitterlich fest an ihren Grundfäden, deshalb verlange sie in erster Linie das gleiche und geheime Wahlrecht für alle mündigen Personen. Der Einwand, daß man mit 21 Jahren noch nicht politisch reif sei, schlage vollständig fehl. Wenn man bedenke, daß man mit 21 Jahren Offizier, Beamter und Soldat werden könne resp. müsse, dann müsse man doch auch wissen, wem man bei Wahlen seine Stimme zu geben habe. Dieses gleiche und geheime Wahlrecht verlange die Sozialdemokratie für alle Wahlen: Reichs-, Landtags-, Kreis- und Gemeindevahlen. Auf die Gestaltung der Kreis- und Gemeindevahlen habe die Sozialdemokratie, dank des erbärmlichen Wahlrechts bis jetzt keinen Einfluß ausüben können, trotzdem dort äußerst wichtige Fragen, insbesondere auf dem Gebiete des Armenwesens, zu lösen seien. Es sei zwar eine neue Verwaltungsordnung geplant, dieselbe sei aber so gestaltet, daß sie für die Sozialdemokratie unannehmbar sei. Der „Bad. Beobachter“ billige diese „Reform“, er finde in derselben, was er längst gewollt.

Was nun die Gemeindevahlreform betreffe, könne sich die Sozialdemokratie das jämmerliche Nachwort nicht bieten lassen. Sie verlange vollständige Beseitigung jedweder Klassen und verlange auch das gleiche, geheime Wahlrecht, wenn das Ganze nicht eine alte verrotzte Maschine bleiben soll. Bisher habe in Stadt und Gemeinde stets der Besitz das Heft in Händen gehabt und die Situation stets zu seinem Gunsten auszunutzen verstanden. Mache sich eine Erhöhung der Umlage notwendig, dann könne man sofort die Wahrnehmung machen, daß die Wohnungsmiete steige. Die große Masse der Bevölkerung sei es also, die auf Kosten der Besitzenden immer wieder belastet werde. Deshalb sei unsere Forderung: eine demokratische Reform des Gemeindevahlrechts. Diese Forderung müsse jetzt umso mehr in den Vordergrund gestellt werden, weil sich der nächste Landtag damit zu befassen habe und eine solche Reform auf lange Jahre hinaus wieder bindend sei. Ob die bürgerlichen Parteien, ob insbesondere der Liberalismus bereit sei, mitzuarbeiten, sei in Anbetracht der Verhältnisse in Kiel, Rixdorf und Hamburg kaum glaublich. Dort haben sich die Freisinnigen ebenso reaktionär gezeigt wie die konervative Partei. Die Sozialdemokratie verlange den Proporz, jedoch nicht bloß für die großen Städte, sondern auch für die Gemeinden.

Die Sozialdemokratie verlange ferner die Abschaffung der Ersten Kammer, die ein Hindernis sei in der Entwicklung des Landes. Sie verlange die Schaffung einer Volkskammer als einziges Parlament. Sie verlange ferner die Herabsetzung der Legislaturperiode auf 2 Jahre mit vollständiger Erneuerung der Kammer. Ebenso verlange sie die Verantwortlichkeit der Minister und der Bevollmächtigten im Bundesrat der Kammer gegenüber.

Was nun das Steuerwesen der Einzelstaaten betreffe, bedinge dasselbe infolge der Reichsfinanzreform eine Suche nach neuen Steuern. Hier werden wir die bürgerlichen Parteien wieder beobachten können in der Bewilligung indirekter Steuern. Im Reichstage hätten sie nicht allein die Biersteuer, sondern auch die Tabaksteuer mit ihren unheilvollen Folgen für die To-

hatarbe
ebenfo
Dies h
die Fro
trois a
stufenw
eine gr
verlang
politisch
prozeß
Berber
verlang
den Un
fontenne
Schöffer
Auf
demokra
der Leh
möglich
zählig
multant
mohin u
die Meh
teil wür
beitersta
müssen
angängl
Trennm
sah zu
hätten n
zu ziehe
tum müß
Die
form de
ungsanf
als billi
werden.
Stod, w
biete des
um Füll
für die
schaffen
ausgeh
in Staat
zur Um
demokrat
Auf dem
zialdemo
von einer
Auf
die die
samkeit
die Part
schritte,
und Ver
auf dem
Basarbei
aller Ene
Wahlkrei
benutzt
Appell ar
föngung z
mit groß
Eine
Ausführ
D
Wie
abgelich
einbring
machten
Jetzt
anerkenn
Wir richt
terhaft
sige Ge
in 39 G
fleisch u
also nicht
genug ha
Weggerm
jeden Ar
zu meide
Burschwa
Zur C
meister f
vor defen
den ware
Hier und
den Tisch
der Herr
nur, ich
auch nur
Arbeit
Chrgesüh
lämpfen,
Vernunft
Frieden, d
die Folger
Noch
Es wa
ments, di
Beruch u
oder als
lichen St
der Lafac
in den W
haben bez
Der W
bringt un
daß die R
Man hab
Räse oder
Silderhof

hatarbeiter anstandslos bewilligt. Hierbei sei der Freisinn ebenso bewilligungslustig wie die Nationalliberalen gewesen. Dies habe sich auch auf dem Karlsruher Rathaus gezeigt, wo die Freisinnigen fortwährend gegen die Aufhebung des O-trois gestimmt hätten. Die Sozialdemokratie verlange eine stufenweise Einkommensteuer, eine Erbschaftsteuer und dadurch eine größere Belastung des Reichs und des Besitzes. Ferner verlange sie die Beseitigung aller Sporteln, die Beseitigung der politischen Polizei, ferner eine gründliche Reform der Strafprozessordnung und der Strafrechtspflege, damit der politische Verbrecher nicht wie ein Raubmörder behandelt werde. Ferner verlange sie die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, um es auch den Unbemittelten möglich zu machen, zu seinem Rechte zu kommen. Sie fordere auch Entschädigung für Geschworene und Schöffen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens verlange die Sozialdemokratie Befreiung vom Schulgelde und die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, um es auch den Kindern der Minderbemittelten möglich zu machen, die besseren Schulen und Anstalten ihrer Fähigkeit entsprechend zu besuchen. Der Kampf gegen die Simultanmethode auf dem Katholikentag in Breslau habe gezeigt, wohin unser Schulwesen komme, wenn es der Reaktion gelinge, die Mehrheit im Landtage zu bekommen. Manches klassisches Urteil würde nicht gefällt, wenn es von Richtern, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, gefällt worden wäre, deshalb müssen sämtliche Schulen auch dem Kinde des armen Mannes zugänglich gemacht werden. Die Sozialdemokratie fordere die Trennung der Kirche vom Staat und befände sich hier im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien. Die Nationalliberalen hätten nicht den Mut, aus ihrer Kulturkämpferlei die Konsequenz zu ziehen, deshalb sei es nur noch unsere Partei, die das Heilige tun müsse und tun werde.

Die Sozialdemokratie verlange ferner eine gründliche Reform der Armenpflege. Die armen Kinder der Erziehungsanstalten dürften nicht als Ausbeutungsobjekt berührt resp. als billige Arbeitskräfte dem Kapitalismus in die Arme gejagt werden. Die Methode der Erziehung in diesen Anstalten sei der Tod, weil man kein besseres Mittel kenne. Auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sei noch sehr Vieles zu tun, um Fälle wie in Ettlingen zu vermeiden. Desgleichen müsse für die Fabrikinspektion eine erweiterte Befugnis geschaffen und dieselbe auch auf die Staats- und Gemeindebetriebe ausgedehnt werden. Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Staat und Gemeinde sei bereits zur Bedeutungslosigkeit und zur Unmöglichkeit gemacht und werde es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, auch auf diesem Gebiete ein Wort mitzureden. Auf dem Gebiete des Verkehrs verlange die Sozialdemokratie die Selbständigkeit Badens, soweit überhaupt von einer solchen noch zu reden sei.

Auf allen diesen Gebieten und bei allen diesen Forderungen, die die Sozialdemokratie aufstelle und die im Interesse der Gesamtheit liegen, hätten die bürgerlichen Parteien veragt. Auch die Partei des Herrn Fröhlich bürge uns für keinerlei Fortschritte, dies habe sie bei der Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht bewiesen, desgleichen auch wiederholt auf dem Karlsruher Rathaus den städtischen, insbesondere den Gasarbeitern gegenüber. Die Sozialdemokratie müsse also mit aller Energie in den Kampf ziehen und werde auch in diesem Wahlfreie siegen, wenn sich die Wähler der politischen Situation bewusst sind und ihre Schuldigkeit tun. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, jederzeit sich der Partei zur Verfügung zu stellen und mitzuarbeiten, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Eine Diskussion fand nicht statt, ein Zeichen, daß die Ausführungen Willis allgemeine Zustimmung fanden. G. Sch.

Die Metzger-Zunung will keinen Frieden.

Wie wir soeben erfahren, hat die Metzger-Zunung es abgelehnt, mit der Organisation der Gehilfen eine Vereinbarung zu treffen. Die Herren haben also an den gemachten Erfahrungen noch nicht genug.

Jetzt gilt es, den Boykott gegen die den Tarif nicht anerkennenden Geschäfte mit aller Schärfe durchzuführen. Wir richten diese Mahnung ganz besonders an die Arbeiterchaft und an die Arbeiterfrauen. Einundzwanzig hiesige Geschäfte mit 140 Gehilfen haben den Tarif anerkannt, in 39 Geschäftsstellen hiesiger Stadt ist boykottfreies Fleisch und boykottfreie Wurst zu beziehen, man kommt also nicht in Verlegenheit, man kann Fleisch und Wurst genug haben, ohne auf die der Arbeiterchaft so abholden Metzgermeister angewiesen zu sein. Es ist Ehrensache für jeden Arbeiter, die den Tarif nicht anerkennenden Firmen zu meiden. Auch die Wirtschaften, in denen boykottierte Wurstwaren verkauft werden, sind streng zu meiden.

Zur Charakteristik der Denkwürdigen verschiedener Metzgermeister sei hier folgendes angeführt: Ein Metzgermeister, vor dessen Hause eines Abends Flugblätter verbreitet worden waren, kam in eine Wirtschaft, bestellte eine Flasche Bier und legte der Kellnerin ein Fünzigpfennigstück auf den Tisch. Als die Kellnerin herausgeben wollte, wehrte der Herr Meister ab mit den Worten: „Behalten Sie's nur, ich geb's lieber Ihnen, als daß ich den „Schladeln“ auch nur einen Pfennig Lohn mehr gebe!“

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Wir appellieren an euer Ehrgefühl, an eure Solidarität! Helft den Kampf auskämpfen, sorgt dafür, daß die Herren Metzgermeister zur Vernunft gebracht werden. Die Gehilfen wollen den Frieden, die Meister wollen den Krieg, nun mögen sie auch die Folgen tragen.

Die Boykottkommission: R. Schneider.

Nochmals die Verpflegung der einquartierten Soldaten.

Es war voraussehen, daß die Inhaber der Etablissements, die wir zum Gegenstand der Kritik machten, den Versuch unternehmen, unsere Darstellung abzuschwächen oder als unzutreffend zu bezeichnen. Das ist vom geschäftlichen Standpunkt aus begreiflich, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich bei der diesmaligen Einquartierung in den Kasernen verschiedene Mißstände ergeben haben bzw. ergeben müßten.

Der Wirt zum „Silderhof“ in der Augartenstraße überbringt uns ein längeres Schriftstück und will konstataren, daß die Klagen über das Essen unberechtigt gewesen seien. Man habe den Soldaten auch die Wahl gelassen, ob sie Käse oder Wurst verspern wollten. Aber der Wirt des „Silderhof“ selbst habe im Durchschnitt nur 3,50 Mk. pro

Soldat als Entschädigung von den Quartierherren erhalten. Dagegen wird zugegeben, daß es bezüglich des Nachtquartiers für die Soldaten gefehlt hat. Der „Silderhof“-Wirt habe für jede Matratze 65 Pfg. Zeltgebühr bezahlen müssen. Im übrigen habe sich ein großer Teil der Einquartierten bei der Frau des Wirtes bedankt, als die Soldaten von Karlsruhe weggegangen seien.

Parteienossen, gedenkt des Landtagswahlfonds!

Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem Wahltag. Die Opferwilligkeit unserer Parteifreunde hat es zuwege gebracht, daß bis jetzt fast 900 Mk. gesammelt werden konnten. Aber diese Summe reicht nicht aus. Karlsruhe hat vier Wahlkreise zu bearbeiten. Gebe jeder, was in seinen Kräften steht. Viele wenig machen ein Viel!

17 Prozent.

Der Aufsichtsrat der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe, vorm. Heid u. Neu, hat beschlossen, der Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr wiederum eine Dividende von 17 Prozent (wie im Vorjahre) auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Für das Krisenjahr ist dieser Abschluß immerhin ein günstiger; zumal die Firma Heid u. Neu im wesentlichen auch ihr Personal voll beschäftigen konnte.

Die Varietés.

Kolosseum. Ein neues Programm ist seit dem 15. ds. Ms. auf unserer Varietébühne. Es traten auf: Elsa Marschall als feste Soubrette, Les Sibestros mit ihrem Sensationslustakt, die spanische Tänzerin La Melanita, die sehr gefällig, der Humorist Otto Otto und die Potwell Smith and Mih Toni als komische Exzentriks. Im zweiten Teil traten auf: die Expert-Juggler Farini, in denen wir vorzügliche Jongleure kennen lernen, die Vortragskünstlerin Lissy Waldburg, die elegante Auftreterin und eine gute Stimme hat und die Valmore Compagnie mit ihrem urkomischen Stroh. Jede Nummer wurde lebhaft applaudiert.

Apollotheater. Mit einem neuen, gut zusammengestellten Programm hat vorgestern Abend die Direktion des Apollotheaters den Besuchern denselben aufgemauert. Einzelne Darbietungen können sogar vorzüglich genannt werden. Großen Beifall ernteten Mih Saïda mit ihren Evolutionen am Lustring und Sifers Saïda und Carmen mit ihrem Lustakt. In beiden Nummern bringen die Damen ihre Gewandtheit und Kraft voll zur Geltung. Eine sehr gute Nummer des Programms ist der Jongleurakt von Edwin u. Lissi Büll. Fräulein Lona Thuretti als Soubrette und Grete Richards als Tirolerinnen erzielten mit ihren gefanglichen Darbietungen ebenfalls einen vollen Erfolg und wurden mehrmals herbeigerufen. Als Springkünstler zeichneten sich Original Steffen Brothors in dem von ihnen vorgeführten Kamikaze-Akt aus. Herr Richard Hoch bietet als Humorist und Regitator wirklich gute Sachen und wurde durch starken Beifall ausgezeichnet. Eine neue Serie guter Lichtbilder führte die Besucher auf eine kurze Zeit nach Paris. Die Direktion des Apollotheaters ist redlich bemüht, das Publikum zu befriedigen; ein Besuch des Etablissements ist empfehlenswert.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

a) in Karlsruhe:
Sonntag, 19. Sept. B. 3. „Die Meistersinger von Nürnberg“, in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende nach 11 Uhr.
Dienstag, 21. Sept. A. 3. „Orpheus und Eurydike“, Oper in 3 Akten von Gluck. Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, 22. Sept. C. 4. „Die verkaufte Braut“, komische Oper in 3 Akten von Smetana. Anf. 7 1/2, Ende nach 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, 23. Sept. B. 4. „Die Rästerschule“, Lustspiel in 4 Akten von Sheridan.

* Ein dreijähriges Kind wurde gestern Nachmittag 5 Uhr auf dem Werderplatz von einem Holzfuhrwerk überfahren und anscheinend schwer verletzt. Die Führer des Fuhrwerks, drei jüngere Leute, sind an dem Unfall nicht unschuldig.

* Diebstähle. Am 15. ds. wurde Kaiserstraße 281 eine Mantelfarbe mittels Nachschlüssel geöffnet und einem Fräulein 30 Mk. gestohlen. — Einem Herrn kam in der Nacht zum 16. ds. sein Portemonnaie mit 144 Mk. abhanden.

Neues vom Tage.

Selbstmord eines Gymnasten.

München, 17. Sept. Der Gymnast Deubler, der Sohn eines Landgerichtsboten, hat sich erschossen. Der junge Mann hatte sich den Tod seiner im Juli verstorbenen Mutter derart zu Herzen genommen, daß er glaubte, nicht länger leben zu können. Mit der Schule hat die bedauerliche Tat nichts zu tun.

Ein eigentümlicher Unfall.

lofete in Ludwigshafen dem 18jährigen Schlosser Ed. Benz das Leben. Auf dem Heimweg plakte dem jungen Mann ein Pneumatik seines Rades, er kam zu Fall und geriet unter die gerade vorbeifahrende Straßenbahn. Er stach auf dem Transport ins Krankenhaus.

Petroleum-Explosion.

Borislav, 17. Sept. Nachts explodierte im Erdölgebiet ein weiteres Reservoir. Das brennende Kohöl ergoß sich nach dem Dorfe Bania-Kotomsta und zerstörte 2 Wohnhäuser, 160 Gärten und sonstige Baulichkeiten ein. Zwei Personen sind ums Leben gekommen, mehrere andere erlitten schwere Brandwunden. Der Brand konnte erst am Morgen lokalisiert werden.

Luftschiffahrt.

Die Wright'schen Flugversuche.

Berlin, 17. Sept. Der letzte Tag der Wright'schen Flugvorführungen auf dem Tempelhofer Felde nahm heute einen glänzenden Verlauf. Um 3 1/2 Uhr stieg Wright mit Hauptmann v. Hildebrand auf und nahm sofort eine Höhe von 20 Metern. Er umkreiste in großem Bogen das Flugfeld und führte in der Nähe des Startplatzes Manöver aus. Die Landung erfolgte

glatt gegen halb 5 Uhr. Um 5 Uhr 10 Minuten unternahm Wright allein einen zweiten Aufstieg. Die Flugmaschine ging schnell in eine Höhe von ungefähr 70 Meter und führte einige wohlgeungene Manöver über dem Startplatz aus. Der Apparat stieg immer höher und erreichte allmählich eine Höhe von etwa 140 Meter. Nach einigen sehr gut gelungenen Wendungen ging er bis auf ungefähr 50 Meter herunter. Dann wurde ein Fesselballon in die Höhe gelassen, worauf der Apparat Wright's wieder höher stieg und über den Fesselballon in einer Höhe von 156 Metern hinwegflog. Man ließ dann den Fesselballon bis zu einer Höhe von 166 Metern aufsteigen und Wright flog etwa noch 20 Meter höher. Somit hat Wright den bestehenden Höhenrekord um 25 Meter geschlagen. Um 6 Uhr 05 Minuten landete Wright glatt vor der Halle.

Briefkasten der Redaktion.

L. S. Die von Ihnen besagte Methode ist ja nicht nachahmenswert. Aber Sie sehen, daß unser Urteil unbeeinflusst war, einerlei, ob wir den Verfasser kannten oder nicht.

Nach Guggenau. Am kommenden Donnerstag kann ich nicht nach dorten kommen, da ich schon verpflichtet bin. W. K.

(Weiterer Text auf Seite 8.)

Vereinsanzeiger.

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“, Gau 22, 2. Bezirk. Den Bezirks-Vereinen zur Kenntnis, daß am Sonntag, 19. September, Agitationstour nach Liederolsheim stattfindet. Treffpunkt 3 Uhr im „Döhen“ in Liederolsheim. Abfahrt für Karlsruhe um 2 Uhr vom Lokal. 4814 W. Koch, Bezirksleiter.

Kirchweih Grözingen.
Gasthaus zum Bären.
Sonntag den 19. u. Montag den 20. Sept.
grosses Tanzvergnügen.
Empfehle reichhaltige Speisefarte, feine Flaschen- und offene Oberländer-Weine, sowie einen ff. Stoff Galanisches Lagerbier, wozu freundlichst einladet
4807
Christian Götz, Wirt.

Kirchweih Grözingen.
Gasthaus z. Schwanen.
Sonntag, 19. u. Montag, 20. September
grosses Tanzvergnügen.
Ferner empfehle reine oberländer Weine, gute Küche.
4810
Aufmerksame Bedienung.
Zum Besuche ladet freundlichst ein
Heinrich Herbold, Wirt.

Im Verlage des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens ist erschienen und durch die Parteibuchhandlung, sowie durch Trägerinnen des „Volksfreund“ zu beziehen

Badischer Volks-Kalender
für das Jahr 1910.

Preis 20 Pfennig.

Für Wiederverkäufer 15 Pfg.

Inhalt:

Kalendarium mit allerlei Unterhaltendem. — Der Reichstag und das deutsche Volk, von Dr. Ludwig Frank. — Vater Jörg, Erzählung von E. Fischer. — Sozialistische Weltanschauung. — Der Herr Landtagskandidat, Wahlhumoreske von G. Lehmann. — Ludwig Börne, mit Illustration. — Was sollen die Jungen und die Alten lesen, von Dr. Ludwig Frank. — Gallist, der Komuneschlächter, von W. Bloss, mit Illustration. — Sozialdemokratie und Kirche. — Der Landagitator, Wahlhumoreske mit Illustration. — Unsere Toten. — Die Reichsversicherungs-Ordnung von Arbeitersekretär R. Böttger. — Heinze III., Militärskizze. — Politischer Rückblick. — Ausblick und Rückblick im Lande Baden. — Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. — Die Gewerkschafts-Organisation im Deutschen Reich im Jahre 1908. — Die Lage der Arbeiter im Staate Minnesota in Amerika. — Die Ausgesperrten mit Illustration. — Posttarif. — Statistisches. — Wertberechnung ausländischen Geldes. — Allerlei Wissenswertes. — Messen u. Märkte in Baden. — Gedichte. — Allerlei Humoristisches mit Illustration.

Kauft nur bei den Inserenten des „Volksfreund“.

Stadtrats-Sitzung in Karlsruhe

vom 16. September 1909.

Der 3. Bürgermeister, Herr Dr. Kleinschmidt, wird in folgende Kommissionen berufen: a) als Vorsitzender: Gewerbeschulrat, Handelsschulrat, Verwaltungsrat der Spar- und Pfandleihkasse, Kommission für den Gasholzbezug ehemaliger Rintheimer Bürger; b) als stellvertretender Vorsitzender: Beirat des Realgymnasiums mit gymnasialer Abteilung — Goethe-Schule, Beirat des Realgymnasiums — Humboldt-Schule —, Beirat der Realschulanstalten, Aufsichtsrat der höheren Mädchenschule mit Gymnasialabteilung, Klassen- und Rechnungs-Kommission, Gas- und Wasserwerkskommission, Rheinhafenkommission, Straßenbahnkommission.

Herr Bauereibirektor Karl Moninger teilt mit, daß er auf dringenden ärztlichen Rat aus Gesundheitsrücksichten sich genötigt sehe, das Amt des Obmanns des geschäftsführenden Vorstandes der Stadtverordneten niederzulegen. Dagegen wird er sein Stadtverordnetenmandat beibehalten. Der Stadtrat bedauert lebhaft das Ausscheiden des Herrn Moninger aus seinem Amte als Obmann und gibt hieron dem stellvertretenden Obmann beauftragt Herbeiführung von Ersatzwahlen gemäß § 45 der Städteordnung Kenntnis.

Die in den Wählerlisten für die diesjährige Landtagswahl eingetragenen Wahlberechtigten sollen wie im Jahre 1906 mittels Postkarte von dem Eintrag in Kenntnis gesetzt werden.

Die von Herrn Stadtbaurat Strieder im Auftrage des Stadtrats verfaßte Denkschrift über das neue städtische Krankenhaus soll im Buchhandel zum Preise von 15,80 Mk. vertrieben werden. Hierwegen wird ein Vertrag mit der C. F. Müller'schen Hofbuchhandlung abgeschlossen.

Mit der Verlegung der Straßenbahn nach Durlach auf den neuen Landstraßenkörper muß die Wartehalle an der bisherigen Endstation Durlach beseitigt werden. Das Straßenbahnamt wird ermächtigt, den Abbruch der Halle auszuführen. Mit der Erstellung einer Wartehalle in dem jetzigen neuen Endpunkt der Bahn soll während der Dauer des gegenwärtigen provisorischen Zustandes noch zugewartet werden.

Das städtische Hafenamt beantragt die Beschaffung eines

Eisbrechers für den städtischen Rheinhafen, damit bei Frost sowohl die Rheinhafenbeden als auch der Zufahrtskanal eisfrei gehalten werden können. Das Maschinenbauamt wird auf seinen Vorschlag ermächtigt, einen mit Eisenblech beschlagenen Eisbrecher aus Holz nebst Propellerschub für den städtischen Hafendampfer mit einem Kostenaufwand von 2000 Mk. herstellen zu lassen.

Die von der Stadtgemeinde auf dem Gelände östlich der Ettlinger Straße angelegten Eiswiesen werden im kommenden Winter zur Eisgewinnung für die Bierindustrie noch nicht benutzt werden können, da der Bewässerung dieser Wiesen noch Schwierigkeiten entgegenstehen. Es wird daher in Aussicht genommen, das benötigte Eis wie im letzten Winter aus dem städtischen Rheinhafen zu gewinnen.

Die Verhandlungen wegen Herstellung der Nebenstraßen zwischen Marien- und Ruppurrerstraße sind soweit gediehen, daß voraussichtlich in nächster Zeit ein entsprechender Antrag an den Bürgerausschuß wird gestellt werden können. Die Vorschläge zu einem Abkommen mit einem der östlichsten Angrenzer dieser Straße, der die Bedingungen des Stadtrates bisher nicht angenommen hatte, werden zurückgewiesen.

Da die Zahl der neuangemeldeten Schüler für die unterste Klasse (Sexta) der Goethe- und der Humboldt-Schule einschließlich der Repetenten 200 beträgt, muß eine fünfte Sexta-Klasse eingerichtet werden, die der Goethe-Schule zugewiesen wird. Dies bedingt die Einstellung eines weiteren Lehramtspraktikanten, die Einrichtung einer weiteren Klasse für evangelischen Religionsunterricht und die Anschaffung weiterer Schulbänke. Der Stadtrat erklärt sich hiermit einverstanden und stellt die hierfür erforderlichen Mittel, soweit nötig, zur Verfügung.

Der Fahrpersonal der städtischen Straßenbahn werden für seine außergewöhnlichen Dienstleistungen während der Festtage vom 10. bis 13. ds. Mts. Belohnungen im Gesamtbetrag von 502 Mk. bewilligt. Die Einnahmen der Straßenbahn aus Fahrscheinen in diesen 4 Tagen betragen 22 280 Mk., wozu der Erlös aus Fahrscheineinfesten mit schätzungsweise 4000 Mk. kommt.

Dem Männergesangsverein „Lieberfranz“ wird zur Veranstaltung eines Kinderfestes Sonntag, den 19. ds. Mts. für den Fall schlechten Wetters der vordere und mittlere Teil der städt. Ausstellungshalle mietweise eingeräumt.

Dem Herrn Dr. jur. et phil. Karl Wolff in Berlin-Friedenau

(früheren Dramaturgen des hiesigen Hoftheaters) wird der große Rathssaal auf Mittwoch, den 22. September, Mittwoch, den 29. September, und Donnerstag, den 7. Oktober d. J., abends 8 Uhr zur Abhaltung dreier Vorträge über „Grundfragen der Kunst“ (1. Vortrag „Kunst und Natur“, 2. Vortrag „Das Geheimnis der Schönheit“, 3. Vortrag „Die Mission der Kunst“) gegen Zahlung der ermäßigten Miete zur Verfügung gestellt.

Ein Gesuch um Ueberlassung des kleinen Festhallejaals zur Abhaltung zweier Lichtbildervorträge über Spiritismus unter Behandlung des Themas: „Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?“ wird abgelehnt.

Mit Wirkung vom 7. Oktober ds. J. an soll der städtische Fischmarkt (in der Fischmarkthalle im Saltenwäldchen) wieder abgehalten werden.

Ein wegen andauernder Kränklichkeit arbeitsunfähiger Gaswerksarbeiter wird in den Ruhestand versetzt und in den Bezug des ihm nach dem städtischen Arbeiterstatut zukommenden Ruhegehalts eingewiesen.

Dem Großh. Bezirksamt werden unbeanstandet vorgelegt: Das Gesuch der Frau Emilie Hennhöfer in Eppingen um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb eines Stellenvermittlungsbureaus im Hause Kreuzstraße 20, das Gesuch des Kochs August Traut in Kassel um Erlaubnis zum Betrieb der Personalgastwirtschaft zum „Schwarzen Adler“, Kronenstraße 53, und das Gesuch des Wirts Johann Joeres hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftslokalen mit Branntweinschank von der Wirtschaft Kaiserstraße 57 zur „Harmonie“ nach der Wirtschaft Werderstraße 21 zum „König von Siam“. Das Gesuch des Konditors Alfred Kladsbarth hier um Genehmigung zum Ausschank von Kaffee, Likören und Süßweinen in seiner Bäckerei und Konditorei Hardtstraße 4 wird durch Anschlag an der Verfündigungstafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Der Stadtrat dankt dem Herrn Rechtspraktikanten Dr. jur. Alfred Leberle in Freiburg i. Br. für die Uebersendung eines Exemplars seiner Dissertationsschrift über „Das Recht der Gemeindebeamten in Baden“, dem Karlsruher Fußballklub „Allermannia“ für die Einladung zu den anlässlich der Eröffnung seines Sportplatzes bei „Schloß Ruppurr“ am Sonntag, den 19. ds. Mts., stattfindenden Wettspielen.

Möbel-Haus

Möbel-Haus

Während des Möbel-Räumungs-Verkaufs

Adlerstraße 13

Adlerstraße 13

Große Preisermäßigung.

M. Tannenbaum

13 Adlerstrasse 13.

Für Brautleute

Es ist von besonderem Vorteil, meine Möbelmagazine zu besichtigen.

Schlafzimmer-Einrichtungen

- bestehend aus: 2 Bettstellen, 2 Röste, 2 Matrasen, 2 Polster, 1 Kleiderschrank, 1 Waschtisch, 2 Nachttische, 1 Spiegel, 2 Stühle

190 Mark

Für Brautleute

Trotz des billigen Preises werden diese Einrichtungen auch auf Teilzahlung

ohne Preiszuschlag verabsfolgt. Wohnzimmer-Einrichtung, bestehend aus:

- 1 Diwan, 1 Divan, 1 Tisch, 6 Stühle, 1 Spiegel, 1 Regulateur, 2 Bilder, 1 Teppich

195 Mark

35 moderne Schlafzimmer in Eiche, Satin und Nußbaum zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Darunter einzelne auf dem Transport leicht beschädigte Zimmer, bestehend aus:

- 2 engl. hell pol. Bettladen, 1 dto. Kleiderschrank, 1 dto. Waschkommode m. Marmor, 2 dto. Nachttische

anfangend von Mk. 210.-

Herren-Konfektion

findet jeder Käufer überraschend große Auswahl in Knaben- u. Herren-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Ohne Anzahlung

an Kunden und zahlungsfähige Käufer ohne Unterschied des Standes.

Damen-Konfektion

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in Mäntel, Jacken, Kostüme etc. nur diesjährige Neuheiten.

Kein Käufer sollte versäumen, meine Magazine zu besichtigen.

M. Tannenbaum.

Vertical text on the right edge of the page, including 'Seite 8.', 'Bill', 'M', 'Ge', 'P. Göz', 'Die Na', 'auf Tiqu', 'meine ist', 'Sie', 'es mit g', 'billigeren', 'einen', 'Au', 'meines re', 'zu betanf', 'Vorteil die', 'mögen wist', 'no', 'vor dem I', 'Bedarf be', 'ich verlauf', 'Lage mein', 'Bliqueure b', '„Conditi', '100 gold-', 'gelbe', '2 B', 'tlo. geg. R', 'Heim', 'Käsefabrik', 'Wiederber', 'tite zu verla', 'V', 'M', 'Geld-Dar', 'galtig gericht', 'Seltigeb. D', 'Welle-Wanca'

Billig und gut
Maccaroni
 fein Strich Pfd. 28 g

Maccaroni
 sehr beliebt Pfd. 30 g

Maccaroni
 fl. Pfd. 35 u. 40 g

**Gemüse-
 Nudeln**
 Pfd. 30, 35, 40
 und 50 g

**Suppen-
 Nudeln**
 Pfd. 40 und 50 g

Alles in Original-
 Kisten aufgestellt

Best. 4655

Bucherer
 in den bekannten
 Verkaufsstellen.

Apfelweinfelerei.
 Teile dem verehrlichen Pub-
 likum mit, daß ich eine Apfel-
 weinfelerei mit hydraulischer
 Presse für Kraftbetrieb mit
 höchstem Druck eingerichtet habe.
 Es treffen für mich mehrere
 Waggons prima saure Most-
 äpfel ein und nehme Bestellungen
 jetzt schon an. 4718

Schachtend
P. Göz, Morgenstr. 25.

Die Nachbesteuerung
 auf Cigaretten und Braunt-
 weine ist eine ziemlich hohe.
 Sie

macht
 es mir zur Bedingung, in
 billigeren Cigaretten

**einen gänzlichen
 Ausverkauf**

meines reichhaltigen Lagers
 zu veranstalten. Wer den
 Vorteil dieser Annonce aus-
 nützen will, hat nur

notwendig
 vor dem 1. Oktober seinen
 Bedarf bei mir zu beden.
 Ich verkaufe noch bis zu diesem
 Tage meine versch. billigeren
 Cigaretten die Flasche

zu **90** 4848

**„Conditorei Freund“
 am Bahnhof.**

**100 gold-
 gelbe Handkäse**
 2 Mk. 80 Pfg.

Info. geg. Nachnahme versendet

Heinrich Pagel
 Käsefabrik Garum i. Sa. Nr. 888.
 Wiederverkäufer bitte Preis-
 liste zu verlangen.

**Verlangen
 Sie nur
 Markkaffee
 Nürnberg**

Geld-Darlehen, 50/100, Rentenrück-
 zahlung gerichtlich nachgewiesen, reell
 selbstgeb. Die Dauer, Berlin 239,
 Belle-Alliancestr. 47, Mühlport. 4848

Unionbrauerei A.G. empfiehlt ihre gleichmäßig vorzüglichen 67

ff. hellen Export- u. dunklen Lagerbiere
 auf der Brauerei auf Flaschen gezogen.
 Vollmundig. — Kohlensäurehaltig. — Bekömmlich.

Telefon 264 o KARLSRUHE o Telefon 264

Persil

Das Idealste und vollkommenste selbsttätige
Waschmittel

von bisher unerreichter, geradezu wunderbarer Wasch- und
 Bleichkraft. **Wäscht die Wäsche von selbst in**
 ein Viertel bis ein halbes Kochen, macht sie rein und
 blendend weiß, frisch und duftig wie von der Sonne
gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und
 Soda sind entbehrlich, daher **ganz enorme Ersparnis**
an Zeit, Arbeit und Geld. Garantiert unschädlich
 bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pfg.

Dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichliches
Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von
 Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen,
 da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die
 Wäsche wird schneeweiß und erhält den frischen Geruch der
 Rasenbleiche. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda

In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester
 Ersatz für Soda, vorzüglich zum Bleichen oder Einweichen des
 Wäsche, zum Reinigen von schmutzigen Küchengeräten und
 Holzgeräten etc.

**Oben genannte 3 Artikel in allen ein-
 schlägigen Geschäften zu erhalten.**

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf.**

Jonass & Co.
 BERLIN G 94
 Belle-Alliancestr. 3 — Gegr. 1889
 liefern geg. kleine monatliche
Teilzahlungen
 die besten Uhren u. Goldwaren.
 Jahrl. Versand über 12000 Uhren.
 Hunderttausende Kunden.
 Viele tausend Anerkennungen.
 Katalog mit über 4000 Ab-
 bildungen gratis und franko.



Beliebt

bei Allen ist die allein echte:
Strohensperd-Gilienmild-Seife
 v. Bergmann & Co., Nabebeul,
 denn diese erzeugt ein zartes
 reines Gesicht, rosiges Jugend-
 freisches Aussehen, weiche sammet-
 weiche Haut u. blendend schönen
 Teint. à Stück 50 Pfg. in der Carl
 Roth, Hofdrogerie, Herrenstr. 26,
 S. Pieler, Kaiserstr. 222, Jul.
 Dehn Nachf., Jähringerstr. 55,
 W. H. Eschering, Amalienstr. 19,
 Aronen-Apothek., Jähringer-
 str. 43, Adler-Apothek.,
 Schützenstr. 21; O. Benzel,
 Karlsruherstr. 98; Anton Sing,
 Sofienstr. 128; in Wädling:
 Straußdrogerie. 1059

An- und Verkauf
 getragener und neuer Kleider,
 Schuhe, Stiefel, Blousen,
 Schürzen, Hüten, Stoffe usw.

Frau Rosa Gut,
 Braunerstr. 5, 8087
 nächst der Markgrafenstraße.

Hochwichtig
 ist die Pflege der Zähne, allein
 bewährtes Zahnpulver ausgiebig
 im Gebrauch 4002

Zahnozon
 Verkauf en gros und en détail:
 Paul Red, Friseur, Grödingen,
 Rud. Lang, Drog., Karlsruhe,
 Balbftr., Friseurinnung Karlsru-
 che, Gebehr, Dörz, Joh.,
 Veierheim, Friseur, Eisenhand,
 H., Friseur, Mat. H., Friseur,
 Tite, Z., Friseur, Pfäfers, G.
 C., Zahntechniker.

Ziehung: 7. Okt. 1909.
 Pfälz. Pferde- u. Zwi-
 brücker Rennlose, 20000 Lose,
 500 Gewinne. Hauptgewinne:
 10 Pferde i. B. v. 5500 Mk.,
 ferner 1 Fahrrad, 1 Nähmaschine,
 1 Büffet, 1 Schneemaschine,
 1 Schrank und sonst wertvolle
 Hausgegenstände im
 W. v. 5200 Mk. Lose à 1 Mk.
 (11 St. 10 Mk.) empfiehlt Carl
 Götz, Bankgesch., Karlsruhe,
 als Hauptvert. f. Baden. 4707

Nur solides, billige
**Schuh-
 waren**
 aller Art
 kauft man am besten
 bei
Wilh. Müller,
 Geibelstr. 4 beim
 Mühlburger Bahnhof

Komplette Aussteuer,
 bestehend aus 2 Bettläden,
 2 Patent-Kösten, 2 Postkern,
 2 best. Matratzen, 1 Nach-
 tisch mit Marmorplatte, 1
 Waschtommode u. Marmor-
 platte und engl. Toiletten-
 spiegel, 1 Handtuchkänder,
 1 Schiffonniere mit Mischel-
 aufsatz, 1 Vertiko mit
 Spiegel, 1 best. Divan, 1
 Auszugstisch, 4 best. Stühlen,
 1 Küchenschrank, Küchentisch,
 1 Küchenvrett, 2 Hockern,
 zu dem billigen Preise von
 490 Mk. zu verkaufen; mit
 2 Deckbetten und 4 Kissen
 80 Mk. höher. Die Sachen
 sind neu und alles poliert,
 können auch auf Wunsch zu-
 rückgestellt werden. 4305
Waldstrasse 22, Baden

Billige Kohlen

Wir offerieren jetzt zu billigen
Sommer-Preisen:

la. gewaschene engl. Hausbrandkohle, II, nachgesiebt, à Mk. 1.25,
 la. gewaschene engl. Hausbrandkohle, III, nachgesiebt, à Mk. 1.20,
 la. engl. Fettschrot à Mk. 1.07,
 la. gewaschene Anthracitkohle, II, nachgesiebt à Mk. 1.90,
 la. gewaschene Anthracitkohle, III, nachgesiebt à Mk. 1.70,
 per Zentner, frei vord. Haus, gegen bar, frei Keller 5 Pfg. mehr.

Auch alle anderen Sorten, insbesondere
Ruhrkohlen, Hüttenkoks, Briquets, Holz
 zu billigsten Preisen. 3655

**Süddeutsche Kohlen-
 handels-gesellschaft**
 m. b. H.
 Friedrichsplatz 11. Telephon 665.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.
 Dem titl. Publikum der Oststadt die Mitteilung, daß ich mit
 heutigem in der Mühlstr. Nr. 1 eine
Mehgerei und Würstlerei
 eröffnet habe. Nachdem ich lange Jahre bei der Firma Gebr.
 Henkel im Geschäft selbst als Ausdauer tätig war, bin ich auch
 in der Lage, die Einwohnerschaft der Oststadt in jeder Beziehung
 zufrieden zu stellen.
 Jeden Dienstag und Freitag Leber- und Griebenwürste
 nach Hausmacherart. 4815

Der Tarif der Mehger-Organisation ist anerkannt.
 In der Hoffnung auf Unterstützung vonseiten des Publikums
 zeichnet
Gustav Köhler, Mehger.

**Durlach
 Mittagstisch**
 gut und kräftig, bei mäßigem Preis, in und außer Abon-
 nement empfehle

Mannherz, zur Blume
 Mehger und Wirt.

Es empfehlen ihre anerkannt vorzüglichen garantiert
 naturreinen Weine 950

Rotwein
48
 per Liter von 48 Pfg. an.

Spanische Weinhandlung
Magin Mayner & Co.
 Rüppurrerstr. 14, Schillerstr. 29, Rheinstr. 45,
 Durlacherstr. 38, Lessingstr. 29,
 Durlach Hauptstr. 51, Pforzheim,
 Baden-Baden, Bruchsal und Heidelberg.

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Bringe hiermit zur gefl. Kenntnis,
 daß ich neben meinem Maß- und
 Reparaturen-Geschäft
Kaiserallee 53, Ecke Helkenstr.
 ein
Schuhwaren-Lager
 eröffnet habe. 4811

Schachtungsbohl
Herm. Beckmann.

Arbeiter! agitiert für den Volksfreund.

Kirchweihfest! Kirchweihfest! Durlach.

Sonntag, den 19. u. Montag, den 20. September
findet während des Kirchweihfestes in nachstehenden Wirtschaften

öffentliche Tanzmusik

bei gutbesetztem Orchester statt.

Die unterzeichneten erlauben sich ein verehrliches Publikum, sowie Freunde und Gönner ergebenst einzuladen. Für gute Speisen als: Gänsebraten, Enten, junge Hühner, Reh- u. Hasenbraten, sowie Braten jeder Art. Hausgemachte Bratwürste mit neuem Sauerkraut. Ausschank reiner Weine und prima Stoff Bier, halten sich die Unterzeichneten bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll

- R. Fehler, Festhalle — W. Hochschild, Amalienbad,
- F. Kraß, Darmstädter Hof — Fr. Forscheuer, Grüner Hof,
- Hans Schöbel, Brauerei Nagel — Jul. Hummel, Roter Löwen,
- W. Kraus, Zur Sonne — Robert Kurz, Zum Schloßle,
- Fr. Mannherz, Zur Blume — W. Bodenmüller, Brauerei Bauer.

4820

Kirchweih Durlach.
Brauerei Genter
Adlerstraße 18.
Empfehle zur Kirchweih neben einem ff. Stoff Lagerbier eine reichhaltige Speisefarte in div. Braten, besonders Reh- und Hasenbraten, Geflügel zc.
Es ladet ergebenst ein
Karl Ostermeier.

Durlach.
Gasthaus zum Schwanen.
Empfehle werten Freunden und Gönnern über die Kirchweih einen ff. Stoff Galan'sches Bier, gute Weine, anerkannt vorzügliche Küche, Geflügel zc. bei aufmerksamer und freundlicher Bedienung.
Großes Nebenzimmer.
Es ladet freundlichst ein
Karl Wettach.
Eigene Schlachtung.

Kirchweih Durlach.
Gasthaus zum Lamm.
Kirchweih-Sonntag und Montag
Tanzbelustigung
Anfang nachmittags 3 Uhr.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Montag: Frühschoppen-Konzert.
Samstag: Neuer Süßer und Zwiebel-Kuchen.
Zum Besuche ladet höflichst ein
Kaspar Strubel, Wirt.

Durlach.
Zum Krokodil
Hauptstraße 47.
Empfehle zur Kirchweih meine Lokaltitäten zur gest. Benutzung. Süßes Nebenzimmer mit Klavier. Zum Ausschank gelangt ff. Galan'sches Lagerbier, reine Weine bei reichhaltiger Speisefarte.
Es ladet ergebenst ein
L. Lorenz.

Durlach.
Gasthaus zur Blume.
Kirchweihmontag von 11-1 Uhr
groß. Frühschoppenkonzert
bei auserwählter Speisefarte, wozu ergebenst einladet
Friedrich Mannherz
Mehger und Gastwirt.

Durlach.
Wirtschaft z. Tannhäuser.
Empfehle Freunden und Gönnern über die Kirchweih einen ff. Stoff Schrempf'sches Bier, gute Weine, anerkannt vorzügliche Küche bei aufmerksamer und freundlicher Bedienung.
Süßes Nebenzimmer.
Es ladet freundlichst ein
G. Grethel, Mehger u. Wirt.
Eigene Schlachtung.

Durlach.
Brauerei zur Guten Quelle
Rittnerstraße.
Empfehle zur Kirchweih meine schönen Gesellschaftslokaltitäten nebst großem schattigen Garten zur gest. Benutzung. Bringe einen ausgezeichneten Stoff Lagerbier zum Ausschank bei gutbesetzter Speisefarte.
Zahlreicher Besuch willkommen.
Karl Ludwig.

Kirchweih Durlach.
„Karlsruher Hof“
Empfehle auf Kirchweih neben einem ff. Stoff Bier, reine Weine. Spezialität: Marktgräfer und anerkannt gute Küche bei reichhaltiger Speisefarte, hausgemachte Wurstwaren.
Eigene Schlachtung.
Es ladet ergebenst ein
F. Nied, Mehger und Wirt.

Kirchweih. Aue bei Durlach.
Gasthaus zur Blume.
Neu! Renoviert! Neu!
Angebautes Nebenzimmer.
Sonntag, d. 19., und Montag, d. 20. Sept.
Großes Tanzvergnügen.
Für gute Küche, reine Weine, ff. Galan-Bier aus Durlach, sowie aufmerksame reelle Bedienung ist bestens gesorgt.
Es ladet freundlichst ein
Jakob Emmert, zur Blume.

Kirchweih Grötzingen.
Einem hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebenste Anzeige, daß am kommenden Sonntag und Montag
Tanzvergnügen
stattfindet. Ferner empfehle reine Oberländer Weine. Gute Küche, Braten, Geflügel und Kuchen. Aufmerksame Bedienung.
Um geneigten Zuspruch bittet
Friedrich Krieger zum „Adler“.

Aue b. Durlach, Kirchweihfest.
Gasthaus zum Waldhorn
Sonntag, 19. u. Montag, 20. September
Großes Tanzvergnügen.
Großer Saal mit Parkettboden und angrenzender schattiger Gartenwirtschaft. Für gute Speisen, Geflügel und Wild, alle Sorten Braten, Kuchen und Backwerk, hausgemachte Wurstwaren, reine Weine, ff. Export- u. Lagerbier, hell und dunkel, aus der Brauerei zum Storch, Speier, ist bestens gesorgt.
Es ladet höflichst ein
Karl Dehler, Mehger und Wirt.
Mehger u. Wirterei mit Kraftbetrieb u. Kühlanlage.
Am Montag Frühschoppen-Konzert.

Kirchweih Grötzingen.
Wirtschaft z. „Goldenen Ochsen“
Kirchweih-Sonntag den 19. und Montag den 20. September
Grosses Tanzvergnügen.
ff. Stoff Moninger Lagerbier, div. Braten, Geflügel, gute reingehaltene Weine.
Es ladet freundlichst ein
Karl Friedr. Erb, Wirt.
NB. Vereinslokal der sozialdemokratischen Partei.
Kirchweih Grötzingen.
Gasthaus z. „Kanne“
Sonntag, den 19. und Montag, den 20. September
Großes Tanzvergnügen.
Bringe meine aufs beste eingerichtete Wirtschaft in empfehlende Erinnerung. Diverse Oberländer reine Weine, gute Küche, Geflügel, verschiedene Braten und alle Art Gebäck.
Es ladet freundlichst ein
Karl Lindenmeier.

Kirchweih Grötzingen.
Restauration zum Kaiserhof.
Sonntag, 19. und Montag, 20. September,
grosses Tanzvergnügen.
Gleichzeitig empfehle meine vorzügliche Küche, Geflügel, Braten, Backwerk, Kuchen, reine Weine, sowie einen ausgezeichneten Stoff Galan-Bier. Schattiger Garten.
Zu recht zahlreichem Besuche ladet höflichst ein
Hochachtungsvoll
Karl Dumbarth.
Telefon Nr. 217 Durlach.

Kirchweih Grötzingen.
Gasthaus zum goldenen Engel.
Sonntag den 19. und Montag den 20. September
großes Tanzvergnügen
Ferner empfehle reine oberländer Weine, gute Küche. — Aufmerksame Bedienung.
Zum Besuche ladet freundlichst ein
Ludwig Mößner, Wirt.

Freie Turnerschaft
Karlsruhe.
Damen-Abteilung.
Sonntag den 19. Sept.
Halbtags-Turnfahrt
durch den Wildpark nach Stutenfee. — Abmarsch punkt 2 Uhr vom Schloßplatz.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht
4803 Der Turnwart.

Zum gold. Foh
Wielandstraße.
Habe immer noch hochkaffee Brauwaren und vorzüglichen süßen Apfelmoss im Ausschank per Glas 10 Pfa. Um geneigten Zuspruch bittet
4822 R. Genter.

Gusspußer, Gusschleifer,
finden dauernd lohnende Arbeit.
Eisen- & Metallwerke
Kastatt.

Damenschneider
für sofort gesucht
Gerwigstr. 10, 3. Stk.
Bienenhonig garantiert rein zu haben
Degefeldstraße 14, 3. St. z.

Ittmanns

Waren- und Möbel-Haus

liefert

event. ohne Anzahlung

Möbel, Betten

einzelne Möbelstücke

wie auch

komplette Schlafzimmer,

„ Wohnzimmer,

Kücheneinrichtungen etc.

Kinderwagen, Sportwagen

Auf Kredit

bei 14täg. oder monatlicher

Abzahlung.

Spezialität: **Brautaussteuer.**

In jeder Weise bürge ich für solideste und beste Bedienung. Mein Kredithaus hat Tausenden durch seine kulantesten Zahlungsbedingungen zu einer gemüthlichen und geordneten Häuslichkeit verholfen. Wer gut und reell bedient sein will, überlege nicht lange, sondern folge dem allgemeinen Urteil und gehe zu:

J. Ittmann

Lammstr. 6 Karlsruhe Lammstr. 6.

**Wetterfeste
::: Pelzinnen :::
für Herren, Damen, Kaaben und Mädchen
billigst bei
Julius Löwe, Werberplatz 25
Rabattmarken.**



Köchinnen,
Mädchen für alles,
Zimmer und Kinder mädchen
für den Privathaushalt für
sotort und 1. Oktober.
Restaurationsköchinnen,
Küchenmädchen,
Kellnerinnen, bessere und
einfache
auch Anstalts-Personal für
sotort gesucht und vermittelt
höllig unentgeltlich
Städt. Arbeitsamt
weibl. Arbeitsnachweis.
Bähringerstr. 100. Telef. 629.
Geschäftszeit von 8-12^{1/2}, und
2-7 Uhr. 4824

Mostobst!

Montag Morgen trifft für
mich ein Waggon prima saure
Mostäpfel ein und wird an
der Filzthalle verkauft sowie
im Haus. 4829
Hochachtung

P. Göz, Morgenstr. 25.
Freiburg.



Musikinstrumente
aller Art
u. Vereine (Radfahrer-
für Arbeiter-Musikvereine zc.)
liefert billigst 4603
H. Fischer,
Musikinstrumentenmacher,
Eisenbahnstr. 29.
Reparaturen gut und billig.
Kataloge gratis.

Arbeitergefängnisverein „Harmonie“ Karlsruhe. Einladung

zu dem am Sonntag den 19. September, nachm. 4 Uhr
im Silberhof, (Rugartenstraße) stattfindenden

Volksliederabend

(Mitwirkende: Frä. Rosa Schön, Sopran, Herr Hermann
Rain, Oboe. Musikalische Leitung: Herr Musikdirektor L. Gaffel.)
Verbunden mit einem großen Preisfesten, welches am
Samstag Abend 8 Uhr beginnt.
Hierzu laden wir die verehrlichen Mitglieder, sowie Sanges-
brüder und Genossen freundlichst ein.
Programm à 10 Pfg. berechtigt zum Eintritt und ist am
Eingang zu haben. Nach dem Konzert findet Tanzbelustigung
statt. 4795

Der Vorstand.

Gasthaus z. Ochsen Kleinsteinbach

Anlässlich der Kirchweih findet bei Unter-
zeichnetem bei gutbelegter Kapelle Sonntag und Montag den
19. und 20. September 4791

0000 Tanz-Belustigung 0000

statt. Für reingehaltene Weine und vorzügliche Küche nebst
Wildpret und Geflügel wird bestens gesorgt sein und ladet
freundlichst ein

Johann Becker zum Ochsen.

Kirchweih Hohenwettersbach.

Zu dem am Sonntag den 19. u. Montag den 20. Sep-
tember stattfindenden Kirchweihfest lade ich meine werthen Gäste,
Freunde und Gönner freundlichst ein. 4793

große Tanzbelustigung

bei gutbelegtem Orchester.
Bitte um gütige Unterstützung.
Joseph Hofbauer, Gastwirt z. Hochburg.

Grötzingen. Kirchweih-Anzeige.

Einem tit. Publikum, besonders aber meinen Partei- und
Gewerkschaftsgenossen von hier und Umgebung die ergebteste
Anzeige, daß am kommenden Sonntag und Montag

grosses Tanzvergnügen

stattfindet. Für reine Weine, gute Küche und ff. Seldeneß
Bier garantiert und bittet um geneigten Zuspruch 4805

Heinrich Kurz, „zum Löwen“.

Umsonst

sind alle Bemühungen der Konkurrenz.
Es ist bekannte Tatsache, dass Jedermann, der
bei mir seine Einkäufe macht, bei allerbilligsten
Preisen nur gute Waren erhält.

Grösste Auswahl in sämtlichen
Holz- und Polster-Waren etc.
Ganze Aussteuer
wie einzelne Möbelstücke.

Ansicht gerne erbeten ohne Kaufzwang.

Karl Epple, Kaiserstr. 19,
Karlsruhe. 4892

Zwetschgen! Zwetschgen!

treffen täglich größere Sendungen ein.
3 Pfund 25 Pfg., 10 Pfund 70 Pfg.
empfehlit 4828

Bierhalters Neue Obsthalle
Ablerstraße 22 - Telephon 2642.

Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands.

Zahlstelle Freiburg.

Obiger Verband begeht am Sonntag, den 19. September
1909, nachmittags 3 Uhr, im „Feierlingsaale“ sein

10jähriges Stiftungsfest

bestehend in Musik, Gesang, Reigenfahrten (Arbeiterradfahr-
verein Frisch auf), Theater und Tanz. 4828

Die Freiburger Arbeiterschaft ist hierzu freudl. eingeladen.
Eintrittspreis im Vorverkauf 15 Pfennig, an der Kasse
20 Pfennig, Damen frei.

Das Festkomitee.

Freiburg.

Saal-Theater
Zentral-Kine-
matograph
Storchensaal
S. m. S. S.
Schiffstraße 9.
500 elegante Sitzplätze.
Erstkl. Kinematograph.



Programm

vom 18. bis inkl. 24. September 1909.

- Das Motorboot Sander, höchst interessant.
- Der Patient aus der Provinz, urkomisch.
- Diebe deinen Nächsten oder: Seid barmherzig,
währendes Drama.
- Eine Hirschjagd auf Java, prächtiges Sports-
bild, wunderbar koloriert.
- Salomé hat ihm den Kopf verdreht, humoristisch.
- Kunstfilm „Der Hund von Montargis“ Kunstfilm
von nur ersten Kräften, großartig gespielt.
- Der weiße Neger, komisch.
- Eine Reise über den Simplon-Paß, selten
schönes Naturbild.
- Kunstfilm! „Die schöne Dolores“ Kunstfilm!
Realistisches Drama. 4821

Die große Geld-Lotterie der Hohkönigsburg

Loose à 3 M.
zieht garantiert ohne Ausschub am

Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag.
Gleichzeitig spielen die Maschetter und Radolfszeller à 1 M.
bezw. 1.20 M. und etwas später die Frankfurter à 1 u. 3 M.
Erwerben Sie sich diese Lose, solange Vorrat, in Ihrem
Interesse bei der Glückskollekte von 4817

Gebr. Göhringer, Kaiserstraße 60.

Freiburg. Einkaufs-Genossenschaft „Frisch auf“

des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Fahrräder Marke „Frisch auf“
in allen Preislagen
sowie sämtliche Zubehörsgegenstände als:
Mäntel, Schläuche, Laternen, Pumpen, Glocken,
Sweaters Strümpfe.

Carbid offen und in Büchsen.
Reparaturen aller Art bei billigster Preis-
berechnung.

Für gute Ware wird garantiert.
Die Verkaufsstelle für Freiburg und Um-
gebung befindet sich bei

Julius Pfister, Freiburg i. Br.,
Egonstraße 14, III. Et. 4678

Seite 10.
Turnerschaft
Karlsruhe.
Abteilung.
19. Sept.
Turnfahrt
Küchen nach
Wien
Schloßplatz.
Anmeldung
Turnwart.
ld. Fas
Küche.
Kostfrei
Vorstellung
Pfennig
10 Pfg.
Zuspruch
enter.
über,
leifer,
hrende
4893
Metallwerke
ntt.
neider
gefucht
J. S. Stck.
garantirt
zu haben
14. S. St. z.
bfest.
dhorn
September
nügen.
und angrenzen-
gute Speisen.
Braten, die
waren, reine
Anfel, aus der
4818
Wirt.
Kühlanlage.
rt.
agen.
Dahsen“
den 20. Sep-
4809
igen.
eflügel, gute
b. Wirt.
tel.
en.
me“
September
gen.
ft in empfeh-
Weine, gute
Art Gebäk.
4810
neier.
en.
erhof.
ber,
gen.
e, Geflügel,
einen aus-
ten. 4808
völl
barth.
en.
Engel.
September
nügen
Weine, gute
4804
Wirt.

WELT KINEMATOGRAPH

Kaiserstr. 133
Karlsruhe
zwischen Marktplatz
und Kreuzstrasse.

Programm vom 16. bis 22. Sept. 09.

Im Kampf um den Glauben. Sensationell!
Hist. Drama. Aus der Hugenottenzeit im Jahre
1572. Gespielt von den ersten Pariser Künstlern.
Ballett Ägypten. Reizendes Tonbild.
Des Kindes Mahnung. Ergreifende drama-
tische Handlung. 4794
Ein kitzeliger junger Herr. Urdrollig.
Die mannigfache Verwertung der Pariser
Hausabfälle. Sehr interessant.
Ein edelmütiger Polizeibeamter. Schönes
Drama.
In den Meeralpen. Schöne Aufnahme aus
den Gebirgen Südfrankreichs.
Ein billiges Schauspiel. Urdrollig.
Der Schlangenbändiger. Feenhaft koloriert.

Deutscher Transportarbeiterverband
Büro u. Arbeitsnachweis: Winterstraße 20 Telefon 541.
Sonntag, den 19. September, nachm. 3 Uhr, findet im
Lokal „Zur Einigkeit“ (Ede Luitzen- und Wilhelmstraße)

Mitgliederversammlung
statt. Tagesordnung:
1. Einläufe. 2. Vortrag über: 500 Millionen neuer
Steuern. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Bollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.
Kollegen, welche die Absicht haben, dem Verbände beizu-
treten, sind willkommen. 4765

Die Ortsverwaltung.

Pforzheimer Gold- und Doublewaren
Trauringe ohne Lötluge, in Gold, das Paar von
12 Mk. an, Bestecke, Metallwaren, Uhren jeder
Art, Wecker zu 2 Mk. das Stück empfiehlt 4812

Chr. Fränkle, Goldschmied
Karlsruhe, Kaiserpassage.

Soz. Wahlverein Grünwinkel.
Sonntag den 19. September, abends 7 Uhr findet im
Badischen Hof eine

öffentl. Wählerversammlung
statt. Genosse Willi, Kandidat für den 43. Landtagswahlkreis,
wird über 4748

„Die bevorstehenden Landtagswahlen“
sprechen. Jedermann ist eingeladen. Um zahlreiches und pünkt-
liches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.
J. A. R. Bantle.

Geschäfts-Empfehlung.
Mit gegenwärtigem erlaube ich mir, mein seit Jahren be-
stehendes

Zigarren-Spezial-Geschäft
in empfehlende Erinnerung zu bringen.
Ein reichhaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten, Rando,
Kan- und Schumpstaketen, Rauchentziffern usw. in nur guten
Qualitäten zu billigsten Preisen setzen mich in stand, allen An-
sprüchen Bedienung zu tragen und wird es nach wie vor mein
aufrichtiges Bestreben sein, durch reelle Bedienung mir das
Vertrauen meiner Kundschaft zu erwerben und erhalten. 4728

Johann Kehret, Schützenstraße 37.

Oeffentliche Lesehalle, Schützenstraße 35
ist unentgeltlich geöffnet von 12-2 u. 6-10, Sonntags 10-12.
30 Zeitungen, 70 Zeitschriften liegen auf.

Gewerkschaftskartell Freiburg.
Wir machen die Vorstehenden der angeschlossenen Gewer-
schaften darauf aufmerksam, daß die Anmeldefrist für die Wahlen
zur Handwerkskammer mit dem 30. dieses Monats abläuft.
Anmeldungen wolle man bis dahin unverzüglich einreichen,
andernfalls der Verlust der Wahlbeteiligung erfolgt. 4768

Der Vorstand.

Essig- Gurken
Pfund 50 s

Salz- Gurken
große, Stück 4 s

Zwiebeln
Pfund 5 s
5 Pfund 22 s

Sauerkraut
Pfund 8 s
5 Pfund 35 s
empfiehlt 4792

Bucherer
in den bekannten
Verkaufsstellen.

≡ Heute abend 6 Uhr ≡

Eröffnung
meines neu gebauten, bedeu-
tend vergrößerten Lokals.

Zur gefälligen Besichtigung
ladet höflichst ein

J. Schneyer
Werderplatz Ecke Marienstr.

Die Abteilungen:	Neu aufgenommen:
Kleiderstoffe- Ausstattungen Herren- und Knaben- Konfektion sind bedeutend erweitert.	Damen- und Herrenwäsche Schürzen, Corsets, Weiss-, Woll- und Kurzwaren.

Dr. Thompson's
Seifenpulver

Garantiert reinlichste Bestandteile
ist das beste Waschmittel.
1/2 & Paket 15 Pfg.

Kinderliegewagen, gut erb.,
ist billig
zu verk. Schützenstr. 67, S. 8.

Freiburg.
Colossenm.

In jeder Vorstellung
Miss Alice
Dianda
Welt-Attraction!
Gerne die anderen neu
engagierten

Künstlertruppen
von welchen jede einzelne
Nummer ein Vergnügen
für sich bildet.

Sonntag 2 große Vor-
stellungen, nachmittags 4
und abends 8 Uhr, sowie
humoristisches Frühstü-
ckert von 11-12 Uhr, bei
vollständig freiem Ein-
tritt. 4790

Kassa 7/2, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: Neues
Zigarrenhaus Rober,
Kaiserstr. 44, Ede Schiffsstr.
— Telefon 1271. —

Uhren
Taschenuhren, Regulatoren,
Freiswinger, Wanduhren,
Wecker, Uhrketten
zu den billigsten Preisen.
Reparaturen
gut und billig. Garantie.

Emil Gehri, Uhrmacher,
Löwenstraße 3. 50
Freiburg i. S.

Wer Stellung sucht
verlange die „Deutsche
Vakanzenpost“ Erlangen 51.

Zurückgekehrt
Dr. Dieckmann
Durl. Allee 21.
12-1 und 3-5 Uhr,
nur Samstags
8-9 und 12-1 Uhr.

Bräuerei Schrempf empfiehlt

Gehaltvoll und wohlschmeckend — Dunkel Lager-Bier
Leicht und erfrischend — Hell Lager-Bier
Jedem Pilsner gleichwertig — Fidelitas-Bier